

Chronik der 60er Jahre – Kommunistische Aktivität

Jahr	Datum	Ereignis
1960	Februar	Delegiertenkonferenz der KPD unter den Bedingungen der Illegalität. Beschluß "Die Lage in der Bundesrepublik und der Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand".
1960	Juli	In der "Aktion Schwalbe" von Verfassungsschutz und Polizei werden zahlreiche lokale Kleinzeitungen verboten, die von ehemaligen KPD-Mitgliedern herausgegeben wurden. Die Herausgeber werden zum Teil zu langen Haftstrafen verurteilt.
1961	10. Februar	In Beantwortung einer Anfrage des Abg. Müller-Hermann benennt Bundesinnenminister Dr. Schröder in der Fragestunde des Bundestages eine Liste von "kommunistischen Tarn- und Hilfsorganisationen", die auch im Bulletin der Bundesregierung veröffentlicht werden. Genannt werden der Weltfriedensrat, das Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland, die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die Fédération Internationale des Résistants (FIR), der Bund der Deutschen (BdD), der Deutsche Klub 1954, der Demokratische Kulturbund Deutschlands, der Fränkische Kreis, die Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, der Ständige Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik, der Schwelmer Kreis, die Vereinigung unabhängiger Sozialisten, der Deutsche Jugendring, die Arbeitsgemeinschaft Frohe Ferien für alle Kinder und "gewisse KZ-Lagergemeinschaften" (Auschwitz, Buchenwald u.a.). Als "kommunistische Tarnzeitungen oder Tarnzeitschriften" werden genannt: Die Andere Zeitung, Blätter für deutsche und internationale Politik, die Wochenzeitung Blick in die Zeit, die Deutsche Volkszeitung, die Deutsche Woche, die Studentenzeitung konkret, die Jugendzeitschrift Elan, die Sozialistische Korrespondenz, das VVN-Organ Die Tat, das Münchener Vertriebenen-Echo, die Hamburger Wochenzeitung Dat Blinkfüer.
1961	27. Februar	Die KPD-Politiker Heinz Renner, Gustav Gundelach, Rudolf Kohl, Ludwig Landwehr und Karl Schabrod kündigen in einer Petition in Form eines Offenen Briefes an den Bundestag und die Bundesregierung an, dass sie und weitere Kommunisten beabsichtigen, zu den Bundestagswahlen 1961 eine Kandidatur als kommunistische Einzelkandidaten bzw. in NRW in einer kommunistischen Wählergemeinschaft einzureichen. Der Bundestag und die Regierung werden aufgefordert klarzustellen, "dass zur Wahl des Bundestages auch Kommunisten sowohl als Person als auch in Gemeinschaft mit anderen Wahlberechtigten kandidieren können und bei der Wahrnehmung ihres aktiven und passiven Wahlrechts nicht durch Organe der Polizei oder durch die von der Legislative bestellten Wahlausschüsse behindert werden dürfen".
1961	21. März	Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts erklärt die nachträgliche strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung von KPD-Mitgliedern für ihre Tätigkeit vor dem KPD-Verbot für verfassungswidrig. Anlass war eine Verfassungsbeschwerde des KPD-Funktionärs Alfons Clemens aus Niedersachsen, der am 13.11.1956 vom Landgericht Lüneburg wegen seiner Tätigkeit für die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und die KPD vor dem Verbotsurteil von 1956 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, weil er damit als "Rädelsführer" eine verfassungswidrigen Partei gefördert habe. Als Anwalt des Verurteilten war Gustav Heinemann, damals SPD-Bundestagsabgeordneter, tätig. Mit dem Urteil werden Wiederaufnahmeverfahren in ca. 120 weiteren Fällen von ähnlichen Verurteilungen zulässig.

1961	6. Juli	<p>Die Bundesanwaltschaft verhaftet bei einer an mehreren Orten gleichzeitig vorgenommenen Razzia mehrere ehemalige KPD-Mitglieder als angebliche "konspirative kommunistische Steuerungszentrale" für die zur Bundestagswahl im September 1961 erstmals kandidierende DFU, darunter den ehemaligen Bremer KPD-Bürgerschafts-abgeordneten Herrmann Gautier, der als Mitglied der Bremer "Wählervereinigung gegen atomare Aufrüstung, für Frieden und Verständigung" Mitglied im Unionsbeirat der DFU und deren Bundeswahlkampfleitung ist. Die meisten Festgenommenen werden nach einer Vernehmung am Ende des Tages wieder freigelassen, Hermann Gautier wird, da er bei einem Treff mit dem KPD-Funktionär Oskar Neumann in der Nähe einer Autobahnraststätte festgenommen worden war und Neumann mit falschen Papieren in die BRD eingereist war, bis Mai 1962 in Untersuchungshaft gehalten. Erst vier Jahre später findet vor dem 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs vom 9. - 22.7.1965 ein Prozess gegen ihn statt, bei dem er aufgrund des Treffs mit O.N. wegen eines Verstoßes gegen das KPD-Verbot zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt wird, die als durch die U-Haft verbüßt gelten. Von den wesentlich umfangreicheren Anklagepunkten, die die Bundesanwaltschaft geltend gemacht hatte, wird er mangels Beweise freigesprochen. Das Verfahren war durch zahlreiche "Zeugen vom Hörensagen" und "V-Männer"-Aussagen gekennzeichnet, was auch bei den Richtern deutlich Missfallen hervorgerufen hatte.</p>
1961	9. Juli	<p>39 bundesdeutsche Kommunisten, darunter der frühere KPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von NRW, Karl Schabrod, der ehemalige Hamburger KPD-Bürgerschafts-abgeordnete Kurt Erlebach, der ehemalige niedersächsische KPD-Abgeordnete Ludwig Landwehr, der Bremer Bürgerschafts-abgeordnete Willi Meyer-Buer versuchen, als Einzelkandidaten in ihren Wahlkreisen zur Bundestagswahl im September 1961 anzutreten und unter Einhaltung aller wahlgesetzlichen Bestimmungen entsprechende Wahlvorschläge einzureichen. In NRW teilt Karl Schabrod dem Bundestagspräsidenten Gerstenmeier vorab mit, dass die Gründung einer "Kommunistischen Wählergemeinschaft" zu den Bundestagswahlen beabsichtigt ist. Ein Teil der Bewerber wird jedoch bereits im Vorfeld durch Behinderungen, Verweigerung nötiger Formulare, zeitweilige Verhaftung usw. daran gehindert, ihre Kandidatur zu betreiben, den restlichen 16 wird von den Kreiswahlausschüssen unter Berufung auf das KPD-Verbot und die Behauptung, dass die Kandidatur der Förderung der verbotenen KPD diene, die Zulassung verweigert. Die von Karl Schabrod gegründete KWG wird auf Weisung des Oberstaatsanwalts in Dortmund von der Polizei bei ihrer ersten öffentlichen Vorstellung am 9. Juli in Hagen aufgelöst, Schabrod und vier weitere Teilnehmer werden von der Stelle weg verhaftet; ein Ermittlungsverfahren wird eingeleitet. Schabrod wird im Oktober 1964 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, Kurt Erlebach im Sommer 1962 zu 8 Monaten Gefängnis auf Bewährung; später wird das Urteil gegen ihn vom BGH aufgehoben, er wird "aus subjektiven Gründen" freigesprochen.</p>
1961	22. August	<p>NRW-Innenminister Dufhues (CDU) weist die Wahlausschüsse per Verordnung an, Wahlvorschläge von kommunistischen Einzelkandidaten bzw. kommunistischen Wählervereinigungen zur Bundestagswahl abzuweisen. Die Innenminister der übrigen Bundesländer erlassen danach ähnliche Anweisungen. Die Wahlvorschläge von Kommunisten werden nachfolgend von den Wahlausschüssen abgelehnt bzw. in einem Fall (Wahlkreis Ottweiler/Saarland) vom Bundeswahlleiter für ungültig erklärt. Zahlreiche Kandidaten werden in den folgenden Tagen in Untersuchungshaft genommen, Wahlmaterial wird bei Haussuchungen beschlagnahmt, hunderte Unterzeichner der Wahlvorschläge (Unterstützungsunterschriften) werden verhört, vorgelesen und gleichfalls mit Haussuchungen überzogen. In den Jahren 1962 und 1963 wurden gegen 35 Wahlbewerber Strafverfahren vor den Landgerichten Düsseldorf, Dortmund, Flensburg, Lüneburg, Oldenburg, Saarbrücken, Koblenz, Bremen und München durchgeführt und sie wegen Fortführung der verbotenen KPD zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen (bis zu 20 Monaten) verurteilt.</p>

1961	4. November	Das Landgericht Lüneburg verurteilt nach langer Verhandlung die Hannoveranerin Elfriede Kautz und Gertrud Schröder aus Celle wegen Tätigkeit für die Aktion "Frohe Ferien für alle Kinder", mit der Kindern aus der BRD zu niedrigen Kosten Aufenthalte in Ferienlagern in der DDR ermöglicht wurden, weil das Gericht dies als Fortsetzung der verbotenen KPD, staatsgefährdenden Nachrichtendienst und Rädelführerschaft beurteilt, obwohl dies jahrelang ohne jede Beanstandung durch die Behörden organisiert worden war, sogar mit verbilligten Sonderzügen der Bundesbahn und mit Wissen der westdeutschen Grenzpolizei, die die Züge kontrollierte, und obwohl die Frauen die Tätigkeit nach einem offiziellen Behördenbescheid vom 7.7.1961, der die Transporte untersagte, die Tätigkeit eingestellt hatten. Die Frauen, die zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden waren, müssen trotz zahlreicher Einsprüche ihre Haft antreten, eine vorzeitige Haftentlassung lehnt die Lüneburger Strafkammer mit der Begründung ab: "Es ist nicht anzunehmen, dass die Verurteilten künftig nicht mehr die KPD-Ziele vertreten". Verurteilt wurden auch Werner Müller und eine weitere Frau aus Hildesheim als Helferin.
1961	11./12. November	Arbeitstagung des "erweiterten Initiativ-Ausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen" in Frankfurt/M. Rechtsanwalt Dr. Ammann teilt in einem Referat über das Ausmaß der politischen Justiz in der BRD mit, dass allein auf der Ebene des Generalbundesanwalts seit 1951 etwa 15 000 politische Strafverfahren durchgeführt wurden und bei den weiteren 18 politischen Sonderstrafkammern bei den Landgerichten im gleichen Zeitraum etwa 150 000 - 200 000 Strafverfahren anhängig waren, in die schätzungsweise mindestens 1/2 Million Menschen "mittelbar oder unmittelbar" einbezogen waren. Er verwies darauf, dass davon "nicht nur frühere Mitglieder der KPD, sondern auch Atomwaffengegner, Pazifisten, Sozialdemokraten, Theologen, Universitätsprofessoren, Gewerkschaftler, Betriebsräte und Publizisten, Redakteure und Verleger" betroffen waren.
1963	März	In Mainz bildet sich ein "Petitionskreis für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots Rheinland-Pfalz". Zu den Initiatoren gehören die Koblenzer Studienrätin Gertrud Bienko, der Mainzer Pfarrer Horst Symanowski, der Cheflektor des Luchterhand-Verlags Dr. Benseler, der Wiesbadener Verwaltungsgerichtspräsident i. R. Dr. Müller u. a.
1963	5. Mai	Der britische Publizist <u>Sebastian Haffner</u> plädiert in einer Kolumne im "Stern" unter der Überschrift "Die Deutschen und ihre Kommunisten" mit Blick auf eine gesamtdeutsche Verständigung und in Erinnerung an die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg sowie die Verfolgung unter Hitler für einen toleranteren Umgang der Deutschen mit "ihren Kommunisten". Im Unterschied zu dem Verhältnis in Italien oder den skandinavischen Ländern seien die Deutschen "mit ihren Kommunisten nicht sehr geduldig umgegangen; Kommunisten in Deutschland waren immer Tote auf Urlaub".
1963	Juni	Illegaler Parteitag der KPD beschließt "Programmatische Erklärung" mit dem Titel "Der Weg zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit". Die KPD tritt darin für eine "aus der Volksbewegung gegen Militarismus und Monopolherrschaft hervorgehende friedliche und demokratische Ordnung" in der BRD ein, die sich "auf das Grundgesetz stützen" und "tiefgreifende soziale Umgestaltungen verwirklichen" soll, in deren Verlauf "die großen Konzerne in der Industrie, im Bank- und Versicherungswesen nationalisiert und einer demokratischen Leitung und Kontrolle unterstellt" werden. Weiter wird erklärt, dass die KPD "für den friedlichen Weg der sozialistischen Umgestaltung in der Bundesrepublik" eintritt.
1963	Sommer	Ein Essener Kommunist wird wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er 1958 bei den Landtags- und Kommunalwahlen als Wahlhelfer für Heinz Renner tätig gewesen war, der eine Kandidatur als "Unabhängiger" im Wahlkreis Essen-Borbeck angemeldet hatte und auch vom Kreiswahlausschuss angenommen worden war.
1963	Anfang November	Die erste Ausgabe der " <u>Marxistischen Blätter</u> " erscheint als zweimonatliche Zeitschrift für wissenschaftlichen Sozialismus", herausgegeben von der August-Bebel-Gesellschaft e.V. in Frankfurt/Main.

1963	31. Dezember	Der Petitionskreis politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots Rheinland-Pfalz wendet sich in einem von 22 Persönlichkeiten unterzeichneten Brief an Bundeskanzler Dr. Erhard.
1964	23. Januar	Die "Frankfurter Rundschau" berichtet, dass der Bundesgerichtshof ein Urteil des Flensburger Landgerichts gegen die drei schleswig-holsteinischen Kommunisten Klaus Weigle, Max Wallnig und Karl-Heinz Lorenzen aufgehoben und zur Neuverhandlung an das Landgericht zurückverwiesen habe. Die drei waren wegen Verstoß gegen das KPD-Verbot verurteilt worden, weil sie versucht hatten, als "unabhängige" kommunistische Kandidaten zur Bundestagswahl 1963 zu kandidieren und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit betrieben sowie Versammlungen abgehalten und Druckschriften hergestellt und verbreitet und damit die verbotene KPD gefördert hätten (bevor die Kreiswahlausschüsse entsprechend einer Richtlinie des Innenministeriums ihre Kandidatur ablehnten). Der Senat des Bundesgerichtshofs wandte sich nicht grundsätzlich gegen die Urteilsbegründung, daß ein Verstoß gegen das KPD-Verbot vorlag, gab jedoch dem Einwand nach, daß die Angeklagten möglicherweise in einem "Verbotsirrtum" gehandelt hätten, weil sie sich schon zur vorhergehenden Landtagswahl und Kommunalwahl in gleicher Weise um eine Kandidatur bemüht hatten, damals aber zugelassen worden waren und auch auf den Wahlzetteln gestanden hatten.
1964	23. Januar	Brief Max Reimanns an Bundeskanzler Erhard mit der Forderung nach Wiederherstellung der Legalität der KPD in einem Stufenplan: 1. Politische Amnestie für aufgrund des KPD-Verbots Verurteilten und Einstellung aller laufenden Verfahren, 2. Gewährleistung der Meinungs- und Pressefreiheit für Kommunisten, 3. Aufhebung des KPD-Verbots.
1964	1. Februar	Beerdigung des verstorbenen KPD-Abgeordneten und ehemaligen Essener Oberbürgermeisters Heinz Renner mit Beileidsschreiben u. a. von Dr. Adenauer, Carlo Schmid, NRW-Ministerpräsident Meyers und Bischof Hengsbach.
1964	4. März	Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident <u>Franz Meyers</u> (CDU) spricht sich in einem Interview mit der "Neuen Ruhr-Zeitung" für eine Diskussion "innerhalb und zwischen den großen Parteien" über das KPD-Verbot aus. Ein "Wiederaufnahmeverfahren" des Bundesverfassungsgerichts sei nicht möglich, "es sei denn, die KPD wollte sich auf den Boden unserer Verfassung stellen, was ja eine Utopie ist". Doch könnte der Gesetzgeber "zu einem gegebenen Zeitpunkt die Initiative ergreifen", um eine Überprüfung des Verbots bzw. ein Wiederaufnahmeverfahren juristisch möglich zu machen.
1964	20. Mai	NRW-Innenminister Weyer (FDP) distanziert sich von den Ansichten seines Regierungschefs Meyers, indem er von einer "Unterschätzung der politischen Untergrundarbeit in der Bundesrepublik" warnt. Laut Verfassungsschutz wird die Mitgliederzahl der illegalen KPD zu diesem Zeitpunkt auf 6000 - 7000 geschätzt, davon 2000 in NRW. Seit dem KPD-Verbot seien 119 Betriebszeitungen herausgegeben worden, von denen 1963 noch 40 und 1964 bisher 22 erschienen sind. Eine Überprüfung des KPD-Verbots sei seiner Ansicht nach "zur Zeit nicht akut".
1964	13. Juni	Die niedersächsische politische Polizei dringt mit etwa 70 Beamten in eine Leserversammlung der linken Zeitung "heute" in Hildesheim ein und unterzieht die ca. 40 Teilnehmer anschließend stundenlangen Verhören und Haussuchungen.
1964	9. Oktober	Offener Brief Max Reimanns an Bundeskanzler Erhard mit dem Verweis auf ein bereits im Januar übermittelten Schreibens verweist auf die "Dringlichkeit einer politischen Entscheidung Ihrer Regierung zugunsten der Wiederherstellung der Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands" mit ausführlicher Argumentation, dass es dabei in erster Linie um eine politische Entscheidung geht und Möglichkeiten zur Beseitigung des KPD-Verbots vorhanden sind, verbunden mit der Forderung nach politischer Amnestie und Einstellung aller Verfahren wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot.
1964	Oktober	Der Kommunist Karl Schabrod, KZ-Häftling ab 1933, von den Nazis zu "lebenslänglich" verurteilt, in den fünfziger Jahren Fraktionsvorsitzender der KPD im Landtag von NRW, wird vom Landgericht Düsseldorf erneut zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis wegen Verstoß gegen das KPD-Verbot verurteilt, weil er zur

		Bundestagswahl 1961 als "kommunistischer Einzelkandidat" antrat und dafür eine "kommunistische Wählergemeinschaft" bildete. Er legte Revision ein, die vom Bundesgerichtshof jedoch verworfen wurde.
1964	30. Oktober	Ein Vortrag des früheren stellvertretenden KPD-Vorsitzenden und KPD-Bundestagsabgeordneten Walter Fisch im Frankfurter "Haus der Jugend", organisiert von der August-Bebel-Gesellschaft, wird verhindert, indem eine zuvor vom Hausmeister gegebene Zusage für den Saal von einem Magistratsrat i. R. und Vorstandsmitglied des Vereins "Haus der Jugend" zurückgezogen wird.
1964	9. November	Fernsehsendung des Magazins " <u>Panorama</u> " (Leitung Prof. Kogon) zum KPD-Verbot und der darauf fußenden politischen Strafjustiz löst breitere Debatte aus. Der Journalist Lutz Lehmann hatte sieben Fälle als Beispiele einer ausufernden politischen Strafjustiz dokumentiert und gestützt auf Angaben von Rechtsanwälten, die als Verteidiger in politischen Strafsachen tätig sind, von der hohen Zahl von 10 222 politischen Ermittlungsverfahren allein im Jahr 1963 berichtet. Da sich Ermittlungsverfahren häufig gegen mehrere Beschuldigte richteten, wurde von einer Zahl von 20 000 - 50 000 Betroffenen gesprochen.
1964	Anfang November	Bundesjustizminister <u>Dr. Bucher</u> (FDP) erklärt in einem Vortrag zu dem Thema "Recht braucht Freiheit" bei der Norddeutschen Landesjugendtagung der Jungdemokraten in Hamburg: "Ich bin gegen das KPD-Verbot".
1964	17. November	Der Petitionskreis Rheinland-Pfalz für die Aufhebung des KPD-Verbots reicht beim Bundestag eine von 2260 Bürgern unterzeichnete Petition ein. Ähnliche Petitionen werden von einer Gruppe von Persönlichkeiten aus Bayern, vom Düsseldorfer Petitionskreis, von Persönlichkeiten aus dem Gebiet Heidelberg-Mannheim, vom Hamburger "Ausschuß für politische Freiheiten" und von Bürgern aus NRW eingereicht. Für die Aufhebung des KPD-Verbots äußern sich auch die FDP-Abgeordneten O. A. Kohut und W. Borm, der Schriftsteller E. Kuby, der ehemalige Bundesjustizminister Bucher und der sozialdemokratische Alterspräsident des Stuttgarter Landtags, F. Ulrich.
1964	21. November	Lutz Lehmann antwortet in einem Artikel in der "Frankfurter Rundschau" auf die Behauptungen der CDU-Fraktion des Niedersächsischen Landtags, daß die in der "Panorama"-Sendung vom 9.11.64 dargestellten Fälle nicht der Wahrheit entsprächen. Die CDU-Fraktion hatte eine entsprechende "Große Anfrage" im niedersächsischen Landtag eingebracht.
1965	1. Januar	In einem ganzseitigen Artikel in der Wochenzeitung "Die Zeit" kritisiert der ehemalige Bundesverfassungsrichter und Rechtswissenschaftler Prof. Klaus <u>Zweigert</u> in einem generellen Artikel über gesellschaftliche "Tabus" u. a. "eine Art Übersensibilität, eine Phobie, eine fast hysterische Kommunistenangst und Kommunismus-Schnüffelei, die weit über das hinauschießen, was von der Sache her vernünftig wäre". Das gehe soweit, "dass nicht streng konformistische Meinungsäußerungen sehr häufig sofort mit Vokabeln wie 'kommunistisch' oder 'links-intellektuell' (was heute dasselbe heißen soll) bedacht werden". Zweigert fügt dem die Bemerkung an: "Ich frage mich nur manchmal, ob diese typisch westdeutsche Übersensibilität auch entstanden wäre, wenn man die KPD auf dem Wege der Prozentklausel quasi an sich selbst hätte zugrunde gehen lassen. Das - in der Sache sicher richtige, aber politisch unnötige - Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichtes hat, wie ich meine, zur Tabuisierung dieses ganzen Bereichs beigetragen mit der weiteren Folge, daß die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung über den Weg freier Wahlen durch dieses Parteiverbot an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat und auch faktisch erschwert worden ist".
1965	4. Januar	In einer weiteren Fernsehsendung des TV-Magazins "Panorama" des 1. Deutschen Fernsehens (s. erste Sendung v. 9.11.64) äußern sich mehrere bekannte Persönlichkeiten kritisch zur Praxis des "Staatsschutzes" und der politischen Strafjustiz in der BRD im Gefolge des KPD-Verbots. Als aufsehenerregend wird in dem Presseecho zu der Sendung hervorgehoben, dass Generalbundesanwalt <u>Güde</u> (CDU) sich in der Sendung für eine Prüfung in Richtung Lockerung bzw. Aufhebung des KPD-Verbots aussprach und betonte, die Unabänderlichkeit des Urteils des Bundesverfassungsgerichts liege "nicht im Grundgesetz, sondern im Bundesverfassungsgerichtsgesetz"

		(womit der die Möglichkeit einer einfachen Gesetzesänderung zur Beseitigung des KPD-Verbots befürwortete und der These von der Notwendigkeit einer nur schwierig zu erreichenden Änderung des Grundgesetzes widersprach). Der Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsident i. R. <u>Dr. R. Schmid</u> stellte zur politischen Strafverfolgung kritisch fest: "Wir stehen auf einer schiefen Ebene, auf der wir allmählich zum Polizeistaat, wenn nicht gar zum Überwachungsstaat heruntergleiten können". Zur Illustration berichtete der Saarbrücker Strafrechtslehrer Prof. Werner <u>Maihofer</u> (FDP), Direktor des Instituts für Rechts- und Sozialphilosophie an der Saar-Universität (ab 1974 Bundesinnenminister) darüber, dass einer seiner Assistenten, der 25-jährige Dieter Wischermann, im Rahmen der Arbeit an seiner Dissertation und mit Wissen seines "Doktorvaters" Maihofer am 8.9.1964 an das Bundeskriminalamt in Wiesbaden eine offizielle Anfrage nach der Zahl der Ermittlungsverfahren in "Staatsschutzsachen" gerichtet habe, weil entsprechende Zahlen seit 1959 nicht mehr veröffentlicht worden waren. Statt einer Antwort begann jedoch sieben Tage später die Politische Polizei von Saarbrücken im Auftrag der Bad Godesberger Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts mit Ermittlungen gegen den Fragesteller bei dessen Zimmervermieter, der u.a. befragt wurde, ob sein Untermieter Briefkontakte mit dem Osten pflege. Schließlich wurde dem Doktoranden am 23.9.64 von der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts mitgeteilt, dass die gewünschten Angaben der Kriminalstatistik "unter VS-Schutz" stehen und daher nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien. Maihofer bezeichnete die Handlungsweise der Polizei in der Fernsehsendung "da wir in einem Rechtsstaat und nicht in einem Polizeistaat leben, einfach unverständlich". Schließlich hätte man direkt bei ihm nachfragen können, was aber unterblieben sei.
1965	Mitte Januar	Bundesjustizminister Bucher (FDP) gibt in der Fragestunde des Bundestages auf Anfrage des FDP-Abgeordneten Kohut die Zahl von 2515 staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren und 380 gerichtlich anhängigen politischen Verfahren bekannt. Auf Anfrage mußte des BJM jedoch klarstellen, dass es sich dabei nur um die an einem bestimmten Stichtag, nämlich dem 30.9.64, anhängigen Verfahren gehandelt hat, die weit höhere Zahl von 10 222, die im November in der "Panorama"-Sendung genannt worden war, jedoch gleichfalls richtig ist, weil sie sich auf die Gesamtzahl der im Jahr 1963 anhängigen Verfahren bezog.
1965	29. Januar	Der Vorsitzende des bayerischen Journalistenverbands, <u>Dr. Müller-Meinigen jr.</u> , stellt in der "Süddeutschen Zeitung" fest: "Unser politisches Strafrecht ist für die Rechtsstaatlichkeit gefahrenträchtig. Es steht teils der politischen Vernunft, teils der Gerechtigkeit im Wege".
1965	30. Januar	Der Kommunist Heinz Czymek aus Bottrop veröffentlicht und versendet als Dokumentation an diverse Zeitungen und Zeitungen das Ergebnis einer von ihm durchgeführten Umfrage bei bekannten Persönlichkeiten der BRD zu der Frage: "Soll die KPD in der Bundesrepublik wieder zugelassen werden?". Antworten u.a von Golo Mann, NRW-Ministerpräsident Meyers, Prof. Mitscherlich, Prof. Ridder, FDP-Abg. Rademacher, Martin Walser.
1965	15. Februar	Der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, <u>Wilm</u> , äußert sich auf einer kirchlichen Ost-West-Begegnung in Köln, an der u.a. Vertreter der Prager "Christlichen Friedenskonferenz" (CFK) teilnahmen, kritisch zum KPD-Verbot. Er sagt u.a.: "Eine erlaubte kommunistische Partei wäre meines Erachtens weniger gefährlich als eine verbotene".
1965	23. Februar	In Paris wird einem Botschaftsrat der deutschen Botschaft eine von 3000 französischen Bürgern unterzeichnete Petition für die Aufhebung des KPD-Verbots überreicht.
1965	27./28. Februar	Deutsch-französisches Juristentreffen in Straßburg unterstützt die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots.
1965	Frühjahr	In einem Offenen Brief wenden sich der Herausgeber der in Mannheim erscheinenden und regional verbreiteten Zeitung "unsere Zeit", Eugen Straub, und deren Redakteur Eberhard Weber gegen die am 5.8.1964 erhobene Anklage der Karlsruher Staatsanwaltschaft gegen sie, weil der Inhalt der Zeitung und ein im Straub-Verlag herausgegebener illustrierter Bericht über den Streik in der südwestdeutschen

		Metallindustrie im April/Mai 1963 verbotene "kommunistische Propaganda" und somit ein Verstoß gegen das KPD-Verbot sei. In dem Flugblatt wird dargestellt, dass die Anklageschrift als Beweis ihrer These beispielsweise die Überschrift "Nicht H-Waffen, nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Frieden" anführt, die in Wirklichkeit die vom DGB-Bundesvorstand beschlossene Hauptlosung für den 1. Mai 1962 war.
1965	6. - 31. März	In der " <u>Frankfurter Rundschau</u> " erscheint eine achteilige Artikelserie "Staatschutz zwischen Recht und Politik" von Karl-Heinz Krumm, in der anhand zahlreicher konkreter Fälle der ausufernde Charakter der politischen Verfolgung durch Polizei und Justiz im Zeichen des KPD-Verbots dargestellt wird.
1965	Frühjahr	Der hessische Generalstaatsanwalt <u>Dr. Bauer</u> kritisiert in einer Veröffentlichung des Informationsdienstes "Der Sozialdemokrat" (Nr. 8/65) die ausufernde politische Justiz in der BRD, wonach in einigen Gerichtsurteilen "eine Bedrohung unserer eigenen freiheitlichen Ordnung" deutlich werde.
1965	Frühjahr	Franz Ahrens, früherer Chefredakteur des "Freien Volk", gibt als Einzelperson ohne Bezugnahme auf die frühere KPD-Tätigkeit eine Broschüre zur Bundestagswahl unter dem Titel "...fragen Sie einen Kommunisten" heraus. Darin werden acht Fragen aus der Bevölkerung aus der Sicht eines Kommunisten beantwortet und in diesem Rahmen auf die Empfehlung zur Wahl der DFU begründet.
1965	12. März	Der Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. R. Schmid schreibt in der "Zeit" einen kritischen Artikel zur Praxis des "Staatschutzes" mit der Überschrift "Auf dem Wege zum Überwachungsstaat".
1965	21. Mai	Podiumsgespräch im <u>Düsseldorfer "Malkasten"</u> unter dem Titel "KPD - morgen legal?" mit ca. 300 Teilnehmern, das an entsprechende Überlegungen von NRW-Ministerpräsident Meyers anknüpfte. Im Podium diskutierten unter Leitung von Rechtsanwalt <u>Dr. Rebensburg</u> , Verteidiger in politischen Strafsachen, <u>Dr. Fabian</u> , Chefredakteur der "Gewerkschaftlichen Monatshefte", <u>Prof. Ridder</u> , Rechtswissenschaftler Universität Bonn, Kirchenpräsident i. R. <u>Middendorff</u> und der Generalsekretär des CVJM Hamburg, Reinhold <u>Ruthe</u> . Sie äußerten sich übereinstimmend in Richtung Beseitigung des KPD-Verbots.
1965	9. Juni	Der " <u>Petitionskreis Rheinland-Pfalz für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots</u> " veranstaltet in Mainz ein <u>Forum mit 400 Teilnehmern</u> . Im Podium diskutieren Dr. Diether <u>Posser</u> (später NRW-Minister), Prof. Dr. Ridder, Prof. Dr. Fabian und R. Paschner, Redakteur der SPD-Zeitung "Die Freiheit".
1965	12. November	Erste internationale Podiumsdiskussion des Petitionskreises Rheinland-Pfalz in Mainz mit Juristen aus Holland, Belgien und Italien.
1965	20. Dezember	Der Ost-Berliner „Dissident“ Robert Havemann veröffentlicht im "Spiegel" Nr. 52/65 sein "Plädoyer für eine neue KPD". Er befürwortet darin eine "von Grund auf neue, gewandelte kommunistische Partei" ohne "stalinistischen Zentralismus".
1966	16. Januar	Der bekannte Kommunist Eugen Eberle kandidiert bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart auf Anhieb 15,8 %. Eberle, 1933 von den Nazis verhaftet, nach 1945 Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Bosch und KPD-Stadtrat seit 1947, war nach dem KPD-Verbot 1956 als "Fraktionsloser" weiter im Gemeinderat und 1957 wie 1965 als "Unabhängiger" wieder in den Stadtrat gewählt worden.
1966	1. April	Die "Deutsche Volkszeitung" veröffentlicht ein Gespräch mit Max Reimann unter der Überschrift: "Ist die KPD eine rechtsstaatliche Partei?", das von dem Düsseldorfer Intendanten Otto <u>Schönfeld</u> als Sprecher eines Unterzeichnerkreises einer Petition für die Wiedezulassung der KPD an den Bundestag geführt worden ist.
1966	22. Juni	Erneutes internationales Forum des Petitionskreises Rheinland-Pfalz für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots unter Beteiligung von Juristen und Publizisten aus Frankreich, der UdSSR, der CSSR sowie von D. <u>Martin Niemöller</u> . Mit einem Grußschreiben solidarisiert sich der britische Labour-Abgeordnete C. Zilliacus mit den Zielen des Forums.
1966	23. Juni	Der Hessische Rundfunk bringt in seinem 3. Programm in der Reihe "Politisches Tagebuch" eine Sendung über eine Umfrage zum KPD-Verbot, die von Georg Polikeit/Offenbach a. M. als freischaffender Journalist durch eine Fragebogenaktion per

		Post und bei Hausbesuchen ab April 1966 durchgeführt worden war. Die Reporterin führte ein Interview mit dem Autor, das weitgehend im Original wiedergegeben wird. Zugleich kommt ein anonymer Verfassungsschützer zu Wort, der die Umfrageaktion als Teil der "offenen Arbeit der KPD" bezeichnet. Die Sendung endete mit der Mitteilung, daß die Frankfurter Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den Autor eingeleitet habe. Auf dessen in einer "Persönlichen Erklärung" erhobenen Protest antwortete die Staatsanwaltschaft am 10.10.66, dass in dieser Angelegenheit "zu keinem Zeitpunkt die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens erfolgt oder erwogen worden" sei.
1966	Ende Juni	Veranstaltung des "Petitionskreises für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots Rheinland-Pfalz" im <u>Kurfürstlichen Schloß in Mainz</u> mit ca. 500 Teilnehmern, auf der sich Weltkirchenratspräsident D. <u>Niemöller</u> sowie der Pariser Jurist Joe Nordmann und weitere Redner für die Aufhebung des KPD-Verbots aussprechen.
1966	4. Juli	Das Arbeitsgericht Hanau erklärt die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden <u>Rolf Knecht</u> durch die Geschäftsleitung der US-Firma Honeywell als unzulässig. Die Firma hatte dem Betriebsratsvorsitzenden am 22.4. fristlos gekündigt, weil er angeblich "parteipolitische Propaganda" im Betrieb und insbesondere in Betriebsratssitzungen zugunsten der verbotenen KPD betrieben habe. Als Beweise dafür wurde auf die frühere FDJ- und KPD-Mitgliedschaft Knechts sowie auf sein Auftreten in "gesamtdeutschen Gesprächen" mit FDGB-Vertretern in Erfurt und Mannheim und Gespräche darüber im Betriebsrat verwiesen. Die übrigen Betriebsratsmitglieder hatten die Darstellung der Geschäftsleitung öffentlich zurückgewiesen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Knecht mit politischen Gesprächen im Betriebsrat zwar gegen geltende arbeitsrechtliche Bestimmungen verstoßen habe, dieser Verstoß aber nicht so gravierend gewesen sei, dass er eine fristlose Entlassung rechtfertigte. Der Prozess hatte erhebliche Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und in Gewerkschaftskreisen erregt. In der Wochenzeitung "Die Zeit" erschienen zweimal Artikel zu dem Vorfall von Lutz Lehmann, die das Vorgehen gegen Knecht kritisch beleuchteten.
1966	26. August	Die von linken Sozialdemokraten herausgegebene "Andere Zeitung" veröffentlicht erstmals eine Liste politischer Gefangener und aus der Haft entlassener, aber mit Freiheitsbeschränkungen belasteter oder mit neuen Strafverfahren bedrohter politischer Verfolgter in der BRD. Die Mehrzahl davon wurde wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot bzw. gegen die 1951 verschärfte "Staatschutzgesetze" verfolgt.
1967	15. Februar	Der 1. Sekretär des Zentralkomitees der illegalen KPD, Max Reimann, nominiert eine " <u>Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Aufhebung des KPD-Verbots</u> ", der außer ihm Max Schäfer und Ludwig Landwehr angehören. Landwehr übermittelt Bundeskanzler Kiesinger am 27.2. einen vom 15.2. datierten Brief von Max Reimann, der vom Bundeskanzleramt auch angenommen wird. Darin wird erneut ein Stufenplan zur Relegalisierung der KPD vorgeschlagen, dessen erster Schritt der Erlass einer Amnestie für alle auf das KPD-Verbot gestützten Strafverfahren wäre. Weitere Schritte sollen die Gewährleistung von Meinungsfreiheit für Kommunisten in der BRD, die Sicherung des passiven Wahlrechts für Kommunisten mit der Möglichkeit der Aufstellung kommunistischer Kandidaten zu den Wahlen und schließlich die Wiederherstellung der Legalität der KPD sein. Landwehr informiert auf zwei Pressekonferenzen die Öffentlichkeit über diese Vorschläge, die ohne Behinderung stattfinden konnten.
1967	14. März	Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt/M. stellt sich der " <u>Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD</u> " der Öffentlichkeit vor. Er besteht aus Karl Schabrod, Düsseldorf, ehemaliger Landesvorsitzender und Landtagsabgeordneter der KPD in NRW, Kurt Erlebach, Hamburg, ehemaliger Bürgerschaftsabgeordneter der KPD in Hamburg, Franz Ahrens, Hamburg, ehemaliger Chefredakteur des KPD-Zentralorgans "Freies Volk", Richard Scheringer, Kösching b. Ingolstadt, ehemaliger KPD-Landesvorsitzender und Abgeordneter in der Verfassungsgebenden Landesversammlung Bayerns, sowie Manfred Kapluck, Journalist, Essen. Der Ausschuss wandte sich in einem Offenen Brief an die Bundesregierung, das Bundestagspräsidium und die Bundestagsfraktionen mit der Aufforderung, eine Wiederzu-

		lassung der KPD zu ermöglichen und eine politische Amnestie zu beschließen.
1967	15. März / 22 April	Parallel zum Auftreten des Initiativausschusses für die Wiedezulassung der KPD meldet die Presse einen "Aufruf" zur Gründung einer "chinesischen" Partei, die "konsequent marxistisch" sein, sich aber von der "kritiklosen Befolgung der Moskauer Befehle abheben" und an Peking orientieren will. Sie will sich "Freie Sozialistische Partei" nennen. Als einziger Unterzeichner des Aufrufs wird in der Presse der 27-jährige, in Erfurt geborene Günter Ackermann genannt, der 1959 "Notaufnahme" im Westen erhielt. Auf der Gründungsversammlung am 22. April in Frankfurt/M. übernehmen jedoch Gegner dieser Parteigründung und Sympathisanten der KPD, die im Saal in der Mehrzahl sind, per Geschäftsordnungsantrag die Versammlungsleitung und lösen die Zusammenkunft auf.
1967	15. März	In der " <u>Saarbrücker Zeitung</u> " erscheint in Reaktion auf die Pressekonferenz des "Initiativausschuß für die Wiedezulassung der KPD" ein Korrespondentenbericht aus Bonn, in dem es u.a. heißt, "die Bundesregierung wäre schon im Interesse der Festigung der inneren demokratischen Ordnung und des Fortschrittes in der Ost-West-Entspannung zu neuen Überlegungen bereit, wenn sich dafür die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen bieten." Für die Bundesregierung sei eine Wiedezulassung der KPD aber solange kaum möglich, als der vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochene Verbotgrund der Verfassungswidrigkeit nicht glaubhaft beseitigt sei. Eine Erklärung von Max Reimann, nunmehr das Grundgesetz anzuerkennen, sei dafür nicht ausreichend. Deshalb "käme nur unter gewissen veränderten Umständen eine Neuzulassung in Frage". Statt einer "Wiedezulassung" der alten KPD denke man in Bonn "an eine andere Lösungsmöglichkeit des Dilemmas. Danach wäre beispielsweise eine legale 'Neue Kommunistische Partei Deutschlands', NKPD, in der Bundesrepublik durchaus denkbar, fall diese die illegale KPD ablösen oder ersetzen würde".
1967	16. März	In einer Mitteilung des "Informationsfunks" der Bundesregierung zu den Bestrebungen nach Wiedezulassung der KPD wird erklärt, dass das vom BVerfG am 17.8.1956 erlassene KPD-Verbot "unbefristet" gilt und "ein sogenanntes 'Wiederaufnahmeverfahren für verbotene Parteien 'rechtlich nicht möglich' ist. Weiter heißt es: "Im übrigen kann es keine Legalität für eine Partei geben, die die Demokratie beseitigen will. Das strebt die KPD nach wie vor an, ohne dass ein Wandel erkennbar ist. Dagegen sind Neugründungen von Parteien, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, keinen Beschränkungen unterworfen".
1967	20. März	Anklageschrift gegen die Hamburger Kommunisten Erich Mayer, Franz Ahrens und Hubert Kuschnik wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot. Anlass ist ein von E. Mayer verfasster Artikel, in dem die Vorteile einer legalen KPD für Hamburg und besonders seine Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten dargestellt werden, der von F. Ahrens am 1.7.66 in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift "hamburger politisches leben" und eine Woche später in der von H. Kuschnik redigierten Hamburger Wochenzeitung "Blinkfuer" veröffentlicht wurde. Der Artikel sei Werbung für die verbotene KPD gewesen. Die Große Strafkammer I des Hamburger Landgerichts spricht die Angeklagten jedoch Ende September 1967 nach langer Hauptverhandlung frei, weil der Artikel im Rahmen der öffentlichen Diskussion um das KPD-Verbot zulässig gewesen sei und eine "Organisationsbeziehung" darin nicht erkennbar war.
1967	28. März	Prozess vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm gegen Werner Cieslak, Josef Mayer und Manfred Kapluck wegen einer vor 15 Jahren angeblich begangenen gemeinschaftlichen Straftat wegen "Zusammenrottung" und "Rädelsführerschaft", weil sie am 6. April 1952 als Funktionäre der in der BRD seit Juni 1951 verbotenen FDJ in einer Gaststätte in Essen-Steele versucht haben sollen, die Gründung einer Konkurrenzorganisation namens "Unabhängige FDJ" (UFDJ) zu verhindern und dabei in eine Schlägerei geraten waren. Das Verfahren war durch verschiedene Umstände (Ausweisung des Verteidigers Dr. Kaul [DDR], Erkrankung des Richters, Überweisung des Verfahrens wegen des Verdachts auf "Hochverrat" an den Bundesgerichtshof und Zurückverweisung an das OLG Hamm) immer wieder vertagt worden, sodass die Angeklagten in einer gemeinsamen Pressemitteilung ironisch

		anmerken konnten, dass sie mittlerweile vier Bundesjustizminister überlebt hätten und des versuchten Sturzes nicht der jetzigen oder der vorigen, sondern der vorvorigen Regierung beschuldig würden, obwohl Adenauer wie auch sein Nachfolger Erhard jeweils durch eine "CDU-Fronde" selbst gestürzt worden sei.
1967	28. März	In einem Interview mit dem Sender "Freies Berlin" erklärt der Abg. <u>Müller-Hermann</u> , Mitglied des Fraktionsvorstands der CDU/CSU, mit Bezug auf den Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD als "persönliche Meinung", dass mit dem KPD-Verbotsurteil ein "Rechtszustand geschaffen" worden sei, "an dem das Parlament und die Regierung nichts ändern können". Er meine jedoch, "dass eine Neuzulassung einer Kommunistischen Partei oder einer Linksaußenpartei, die sich zu der Grundordnung des Grundgesetzes ausdrücklich bekennt, nicht behindert werden sollte". Wörtlich sagte er: "Ich persönlich vertrete die Meinung, dass wir der Zulassung einer Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik keine unüberwindbaren Hindernisse in den Weg legen sollten".
1967	31. März	In der Wochenzeitung "Die Zeit" erscheint ein von <u>Werner Höfer</u> gezeichneter Artikel über ein Gespräch mit den Mitgliedern des Initiativausschusses für die Wiedezulassung der KPD, Karl Schabrod und Manfred Kapluck, in dem für die Wiedezulassung der KPD plädiert wird.
1967	11. April	In der <u>Münchener "Abendzeitung"</u> erscheint ein Artikel von Helmut <u>Lindemann</u> , in dem das KPD-Verbot als Fehler bezeichnet wird und für seine Aufhebung plädiert wird.
1967	13. April	Veranstaltung des "Initiativausschusses für die Wiedezulassung der KPD" in Dortmund-Barop mit ca. 100 Zuhörern.
1967	21. April	Der stellvertretende SPD-Vorsitzende <u>Herbert Wehner</u> erklärt im "Norddeutschen Rundfunk": "Wenn die Kommunisten wollten, dann könnten sie in der Bundesrepublik Deutschland eine legale Partei - wie immer sie sie nennen würden - aufbauen und haben".
1967	5. Mai	Streitgespräch in der Fernsehsendung " <u>Monitor</u> " (ARD) zwischen dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium Prof. Ernst und Rechtsanwalt Prof. Ridder über die Wiedezulassung der KPD
1967	6./7. Mai	<u>Düsseldorfer Konferenz</u> zur Problematik des KPD-Verbots, einberufen von 124 Unterzeichnern unter Federführung von Otto Schönfeld, Intendant a. D., darunter namhafte Juristen, Wissenschaftler, Publizisten, Gewerkschaftern, Kirchenleuten, wie Prof. Dr. <u>Abendroth</u> , RA. Dr. <u>Ammann</u> , Prof. Dr. <u>Fabian</u> , Christian <u>Geissler</u> , RA Heinrich <u>Hannover</u> , D. M. <u>Niemöller</u> , Dr. <u>Pross</u> , Prof. Dr. <u>Ridder</u> , Robert <u>Scholl</u> , G. v. <u>Uexküll</u> , Peter <u>Weiß</u> . Ziel der Konferenz ist es laut den im Dez. 1966 verbreiteten Thesen, die juristischen Möglichkeiten einer Aufhebung des KPD-Verbots zu erörtern und "eine politische und moralische Aktion für die Freiheit aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu unternehmen. Die Konferenz findet im größten Teil der bundesdeutschen Presse ein ausführliches und oft positives Echo.
1967	9. Mai	Veranstaltung des "Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD" in Solingen.
1967	9. Mai	In einem dpa-Gespräch erklärt der SPD-Abgeordnete <u>Schmitt-Vockenhausen</u> , Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestags, in Reaktion auf die Düsseldorfer Konferenz am Vortag: "Eine kommunistische Organisation kann sich jederzeit neu gründen, wenn sich diese Organisation nachweislich in den Rahmen des Grundgesetzes stellt." Eine gesetzgeberische Regelung zur Aufhebung des KPD-Verbots sei daher nicht erforderlich. Er behauptet auch, dass "Kommunisten bei Wahlen kandidieren können und auch kandidiert haben".
1967	11. Mai	Die SPD-Wochenzeitung " <u>Vorwärts</u> " schreibt in Reaktion auf die stärker werdende öffentliche Debatte um eine Aufhebung des KPD-Verbots: "Wenn die Kommunisten die Legalität wollen, können sie sie in der Bundesrepublik haben. Aber genau da liegt der Hase im Pfeffer". Den Kommunisten wird unterstellt, dass sie die Legalität gar nicht wollen, um einen "Propagandatrumpf" in der Hand zu behalten und sich permanente Wahlblamagen zu ersparen.

1967	29. Mai	In der 62. Sitzung des Sonderausschusses des Bundestages über die Strafrechtsreform erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete <u>Dr. Arndt</u> in Bezug auf die Diskussion um die Möglichkeit der Beseitigung des KPD-Verbots, er würde es "für besser halten, künftig im Gesetz vorzusehen, dass das Bundesverfassungsgericht ein solches Parteiverbot für die Dauer von fünf, zehn oder fünfzehn Jahren aussprechen kann, sodass das Verbot spätestens nach Ablauf dieser Zeit außer Kraft tritt".
1967	Juni	Tagung des Zentralkomitees der KPD beschließt die Ausarbeitung eines neuen Programmentwurfs und wählt dafür eine Programmkommission.
1967	Juni	Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert <u>Wehner</u> erklärt in einem Interview mit der katholischen Zeitschrift "Feuerreiter" (Nr. 12/67): "Die SPD würde es für denkbar halten, dass eine Partei, die als kommunistische Partei ihrer Zielrichtung nach bezeichnet werden will, sich hier legal bewegen kann, sofern sie die Bestimmungen unseres Grundgesetzes und unserer Gesetze einhält. Das würde, nehme ich an, sogar gut sein, dass dann sich jeder mit den Kommunisten, so wie sie sich hier in der praktischen Politik zu bewegen für richtig halten, unmittelbar befasst und auseinandersetzt...Ob das Neugründung sein muss oder ob das nicht auch eine Form bekommen kann, die rechtlich einwandfrei ist dadurch, daß die Erklärungen hinsichtlich Statut und Programm so eindeutig sind, das muss man denen, die es machen, überlassen."
1967	8. Juli	Diskussionsveranstaltung im Münchener Franziskanerkeller über die Wiederzulassung der KPD mit Richard Scheringer vom "Initiativausschuss", veranstaltet vom "Arbeitskreis für Fragen des Zeitgeschehens" unter Leitung von Frau Mira von Kühlmann (DFU).
1967	9. Juli	Podiumsdiskussion im großen Hörsaal der TH Darmstadt zum KPD-Verbot, eingeladen vom Asta der TH, dem Seminar für soziale Berufsarbeit, der Staatsbauschule Darmstadt, der Staatlichen Ingenieurschule und der Schule für Maschinenwesen mit Frans Ahrens und M. Kapluck als Vertreter des "Initiativausschusses" sowie je 1 Vertreter von CDU, FDP und SPD:
1967	Juli	Der Marburger Professor Dr. <u>Abendroth</u> schreibt in den "Sozialistischen Heften" (Nr. 7/1967) einen Artikel unter der Überschrift "Die politische Funktion des KPD-Verbots" das politische Leben in der Bundesrepublik sei durch die Folgen des KPD-Verbots „entliberalisiert“ worden. "Das Scheinargument, eine politische Meinung sei kommunistisch, wenn sie nur in irgend einer konkreten Frage mit Auffassungen übereinstimmt, die auch von Kommunisten vertreten werden, hat den politischen Tageskampf, aber auch die Debatte über sozial-theoretische, außenpolitische und programmatische Fragen seit 1956 in einer Weise belastet, die die Möglichkeit zu freier Willensbildung in einem demokratisch-parlamentarischen System immer wieder in Frage stellt".
1967	21. Juli	Artikel von <u>Bundesjustizminister Dr. Heinemann</u> in der Juristenzeitung zum Thema "Wiederzulassung der KPD", den er als "Orientierungshilfe zu den Rechtsfragen" des KPD-Verbots bezeichnet. Darin wird erläutert, dass eine Aufhebung von Verbotsurteilen des Bundesverfassungsgerichts grundsätzlich juristisch nicht möglich ist, aber einer "Neugründung" einer KP nach den Bestimmungen des Grundgesetzes, Art. 21, und des inzwischen erlassenen Parteiengesetzes nichts im Weg stünde. Heinemann vermerkt dazu, falls wegen einer solchen Neugründung ein Strafurteil wegen Gründung einer verbotenen "Ersatzorganisation" der KPD ergehen würde, könnten die Betroffenen dagegen Verfassungsbeschwerde einlegen.
1967	25. Juli	Diskussionsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft höherer Schulen Remscheids über das KPD-Verbot mit M. Kapluck als Sprecher des "Initiativkreises" und einem CDU-Mitglied als Gegner einer Wiederzulassung der KPD.

1967	3. August	Brief von Ludwig Landwehr als Mitglied der von Max Reimann benannten Verhandlungskommission über die Wiederzulassung der KPD an Bundesjustizminister Heinemann mit einer Erwiderung zu dem Artikel des Ministers in der "Juristenzeitung". Landwehr betont darin, dass die Aufhebung des KPD-Verbots nicht in erster Linie eine juristische, sondern eine politische Frage sei. Zur Frage einer "Neugründung" wird auf die Argumente im Brief Max Reimanns verwiesen, dass eine bei Fortexistenz des KPD-Verbots neu geschaffene Partei in ihren Entscheidungen nicht frei und stets von Verfolgung bedroht wäre. Landwehr fordert entsprechend den Vorschlägen von Max Reimann die Aufnahme von Verhandlungen "über die Modalitäten der Aufhebung des KPD-Verbots".
1967	17. August	Bundesverfassungsrichter Dr. <u>Scholtissek</u> äußert in einer ZDF-Sendung die Ansicht, daß der Antrag der Bundesregierung auf Verbot der KPD "gar nicht so schlüssig begründet" gewesen sei und unter den heutigen Verhältnissen keine Aussicht auf Erfolg mehr hätte.
1967	21. August	Der Rechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion <u>Dr. Arndt</u> spricht sich für eine Aufhebung des KPD-Verbots auf dem "einzig möglichen Weg" aus, nämlich durch eine Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, mit der solche Verbote zeitlich befristet werden, wodurch das KPD-Verbot wegen Zeitablaufs außer Kraft treten würde. Er erklärt dabei: "Eine schlichte Neugründung der Partei, ohne dass sie ihr durch eine Maßnahme der Gesetzgebung ermöglicht wird, das wäre ein großer Fehlschlag, denn es müsste sofort ein Strafverfahren wegen Gründung einer Ersatzorganisation eingeleitet werden, und es wäre politisch das Ärgste, was ich mir in dieser Sache denken kann".
1967	21. August	Im 1. deutschen Fernsehen erscheint zum Jahrestag des KPD-Verbots ein Dokumentarbericht von Walter Leo unter der Überschrift "Kein Platz für Kommunisten?".
1967	7. September	Auf Einladung des kommunistischen Journalisten Fritz Seibert findet in Offenbach/M. im Saal der TGO eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Kein Platz für Kommunisten?" mit ca. 200 Teilnehmern statt. Auch ein SPD-Distriktsvorsitzender und der parteilose Redakteur der Zeitschrift "kritik" fanden trotz deutlicher Einwände gegen die Politik der KPD die Aufhebung des KPD-Verbots zeitgemäß. Befürworter des Parteiverbots aus den etablierten Parteien waren zwar eingeladen worden, hatten sich aber der Debatte entzogen.
1967	7. September	In einer "stern"-Kolumne unter dem Titel "Mit den Kommunisten leben" plädiert H.D. <u>Genscher</u> , damals Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion dafür, durch eine Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, die mit einfacher Mehrheit im Bundestag möglich wäre, die Möglichkeit zu einer Überprüfung bzw. zeitlichen Befristung von Parteiverboten des Bundesverfassungsgerichts zu schaffen. Er verweist u.a. darauf, dass das Verbot der KPD in der BRD "ohne Parallele in anderen Staaten mit freiheitlicher Grundordnung" sei. "Italiener und Franzosen, Dänen und Engländer leben mit den Kommunisten. In Spanien, Portugal und Griechenland freilich hält man es mit dem Verbot. Sollte uns solche Gesellschaft nicht nachdenklich stimmen?".
1967	8. September	Im vollbesetzten Saal der Evangelischen Kirche in Frankfurt-Nordweststadt diskutieren Robert Steigerwald und Manfred Kapluck mit Pfarrer Zitelmann und Frau Bernhard, Lehrerin am Hessenkolleg, über das Thema "Der Kommunismus - Heilslehre, Ersatzreligion oder....?"
1967	14. September	Die "Andere Zeitung" wiederholt die Veröffentlichung der Liste von aktuell inhaftierten bzw. von Strafverfolgung bedrohten oder nur mit Auflage aus der Haft entlassenen politischen Menschen in der BRD. Die Liste wird im Auftrag der Redaktion von dem hessischen Pastor Heinrich Grißhammer (Harb/Oberhessen) zusammengestellt. Nach dem aktuellen Stand von Anfang September 1967 werden 38 Fälle aufgelistet.
1967	September	Auf der Delegiertenkonferenz des SDS in Marburg wird die Verlesung einer Grußadresse von Max Reimann mit minutenlangem stürmischem Beifall beantwortet - allerdings ohne damit Vorbehalte in der von "Linksradikalen" bestimmten Mehrheit der Konferenz gegen die KPD und ihre Haltung zum Parlamentarismus abbauen zu können.

1967	29. September	Versammlung zum Thema "Warum in der Bundesrepublik eine legale KPD? - Die Wiedenzulassung der KPD ist rechtlich möglich" mit Karl Schabrod in einem vollbesetzten Saal der Gaststätte Esser in Eschweiler.
1967	3. Oktober	Hauptverhandlung vor der politischen Strafkammer des Landgerichts Lüneburg gegen den Verleger und Chefredakteur der niedersächsischen Wochenzeitung "meinung" (früher "heute"), Carl Heinrich Meyer. Die vom 8.5.65 datierte Anklage der Staatsanwaltschaft Lüneburg wirft ihm vor, er habe unter "Verzicht auf jegliche Kritik an der Politik und den Zuständen in der sowjetischen Besatzungszone" vorbehaltlos politische Forderungen und Thesen der SED und KPD "verbreitet und damit für diese Organisation geworben". Zum Beweis listet die Staatsanwaltschaft Aussagen aus der von Meyer herausgegebenen Zeitung und Verlautbarungen der SED und KPD zu aktuellen politischen Fragen wie den Notstandsgesetzen bzw. der atomaren Rüstung auf, um aus einer "weitgehend zeitgleichen und inhaltlichen Übereinstimmung" die Absicht der Förderung der verbotenen KPD abzuleiten.
1967	5. Oktober	Diskussionsveranstaltung über die Wiedenzulassung der KPD im Saal des städtischen Bürgerhauses in Hanau, einberufen von dem Hanauer Kommunisten Erich Klösters, bei der laut Polizei mehr als 200 weitere Besucher wegen Überfüllung abgewiesen werden mußten. Um die Veranstaltung und die Freigabe der Stadthalle dafür durch den Magistrat hatte es eine mehr als 6-wöchige öffentliche Kontroverse gegeben, nachdem die örtliche CDU in öffentlichen Stellungnahmen und Leserbriefen dagegen protestiert hatte und versuchte, Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben, was Oberbürgermeister Dröse nach Rücksprache mit dem hessischen Innenministerium zurückwies. Die örtliche SPD entschied sich nach längerer Diskussion zunächst für eine Beteiligung an dem Forum, gab aber nach dem Einleitungsstatement von Franz Ahrens die Erklärung ab, dass sie "hinter dem Verbotsurteile" stehe und deshalb an einer Diskussion für die Wiedenzulassung der KPD nicht teilnehmen könne, wonach die beiden SPD-Vertreter den Saal verließen. Die örtliche FDP und die Jusos dagegen nahmen an der Diskussion teil und sprachen sich wie die große Mehrzahl der Beteiligten für eine Wiedenzulassung der KPD aus.
1967	6. Oktober	Der "Initiativausschuss für die Wiedenzulassung der KPD" wendet sich in einem Brief an den Vorsitzenden des "Sonderausschusses für die Strafrechtsreform" des Bundestags, Dr. Güde, um mit Bezug auf verschiedene Äußerungen von Rechtswissenschaftlern und Politikern zu dem Thema die Abhaltung eines "Hearings über die rechtlichen Möglichkeiten und Wege zur Legalisierung der KPD" vorzuschlagen. In dem Schreiben wird u.a. erklärt, daß nach Meinung der Verfasser die KPD "selbstverständlich" eine "Beweislast" dafür trage, daß sie positiv zur demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik steht. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass das Zentralkomitee der KPD die Bekanntgabe eines neuen Programms der KPD angekündigt und empfohlen habe, dieses neue Programm "zu einem Kriterium für die Relegalisierung der KPD zu machen."
1967	11. Oktober	Veranstaltung mit dem "Initiativausschuss für die Wiedenzulassung der KPD" in Bergisch-Gladbach. Im Kölner Stadtanzeiger vom 13.10. wird darüber berichtet: "Niemand war für das KPD-Verbot".
1967	12. Oktober	<u>Innenministerkonferenz der Länder und des Bundes im Ulm</u> verlautbart zur Diskussion um die Wiedenzulassung der KPD, dass dies rechtlich nicht möglich sei, aber die "Neugründung" einer Kommunistischen Partei zulässig sei, da die Neugründung von Parteien in der BRD an keine Zulassung oder Genehmigung gebunden sei. Selbst wenn die KPD sich unter ihrem alten Namen und mit den alten Mitgliedern neu gründen würde, könnte sich nicht von vornherein verboten werden, wenn sie Bestimmungen des Grundgesetzes respektiere. (Erklärung des Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, des baden-württembergischen Innenministers Krause, gestützt auf ein Rechtsgutachten und eine Empfehlung des Bundesinnenministeriums (laut "Innere Sicherheit", Nr. 9/67). Die KPD-Führung weist den Vorschlag einer Neugründung zurück, da dies darauf abziele, die Kommunisten zum Abgehen von ihren programmatischen Grundsatze-positionen zu bringen und der KP die Zähne zu ziehen.
1967	13. Oktober	Veranstaltung zum Thema "Wiedenzulassung oder Neugründung der KP?" in

		Ingoldstadt mit Richard Scheringer. Laut "Donau-Kurier" vom 16.10. waren die Zuhörerschaft im restlos überfüllten kleinen Schöffbräusaal" nur vielleicht 15 bis 20 Prozent Linksradikale, die Mehrheit des Publikums stellte zweifellos das bürgerliche Lager".
1967	13. Oktober	Im vollbesetzten Düsseldorfer "Malkasten" diskutieren Karl Schabrod und Manfred Kapluck über die Möglichkeiten zur Aufhebung des KPD-Verbots mit rd. 300 Teilnehmern. Einberufen war die Versammlung von fünf ehemaligen Düsseldorfer Kommunisten.
1967	Mitte Oktober	Veranstaltung der "Jungdemokraten" des Kreises Eutin mit Franz Ahrens und Kurt Erlebach zum Thema "Brauchen wir eine legale KP?".
1967	16. Oktober	Der "Initiativausschuß Für die Wiedezulassung der KPD" nimmt in einer Presseerklärung zu der Verlautbarung der <u>Ulmer Innenministerkonferenz</u> vom 12.10. Stellung und weist die Behauptung, eine kommunistische Partei könne jederzeit neu gegründet werden, als unzutreffend zurück. "Es geht nicht um die 'Neugründung' irgendeiner Partei, sondern um die Relegalisierung der vor 11 Jahren in die Illegalität gedrängten KPD". Selbstverständliche Voraussetzung für eine legale KPD bleibe "ihre sozialistische Zielstellung auf der Grundlage des Marxismus". Eine Partei, die ihre kommunistischen Ziele aufgibt, könne nicht als eine kommunistische Partei gewertet werden. Der Initiativausschuss drängt auf die Aufnahme von Verhandlungen über die Relegalisierung der KPD mit der von Max Reimann benannten Verhandlungskommission.
1967	19. Oktober	Diskussionsveranstaltung in Frankfurt-Höchst mit Franz Ahrens und Kurt Erlebach vom "Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD".
1967	20. Oktober	Brief von Ludwig Landwehr namens der von der KPD nominierten Verhandlungskommission (s. 15.2.68) an Bundeskanzler Kiesinger, in dem erneut um den baldigen Beginn von Verhandlungen über die Aufhebung des KPD-Verbots nachgesucht wird. Es wird auf die Dringlichkeit der Frage im Interesse der Entspannung in Europa und der Normalisierung der Beziehungen zu Osteuropa hingewiesen und vermerkt, dass es mittlerweile "kaum noch jemanden" gibt, "der dieses Verbot in der Öffentlichkeit verteidigt". Zugleich werden Empfehlungen auf eine "Neugründung" als zur Lösung des Problems ungeeignet bezeichnet und darauf verwiesen, dass die KPD angekündigt habe, in Kürze ein neues Parteiprogramm der Öffentlichkeit zur Diskussion vorzustellen. Es wird auf die Festlegung eines baldigen Termins zur Aufnahme von Verhandlungen gedrängt und vorgeschlagen, dafür die zweite Hälfte November oder Anfang Dezember in Aussicht zu nehmen.
1967	29. Oktober	In der katholischen Wochenzeitung " <u>Echo der Zeit</u> " erscheint ein <u>Interview mit Max Reimann</u> zur Verlautbarung der Innenministerkonferenz über eine "Neugründung" der KP. Reimann lehnt eine Neugründung ab und fordert die Aufhebung des KPD-Verbots, weil Bundesinnenminister und Bundesjustizminister an die Neugründung "politische Auflagen" geknüpft hätten und die Fortexistenz des KPD-Verbots jede neue Partei bedrohen und in ihrer Freiheit einschränken würde. Reimann kündigt zugleich ein neues KPD-Programm an. Er sagt, dass die KPD dabei sei, ein neues Programm auszuarbeiten, wozu das Zentralkomitee eine Programmkommission gewählt habe. Die KPD werde diesen Programmentwurf der Partei und der gesamten Öffentlichkeit zur Diskussion vorlegen. "Ich bin der Überzeugung, dass dieses Programm wie die gesamte Politik der KPD mit dem Grundgesetz in Einklang stehen".
1967	3. November	Bundeskanzler <u>Kiesinger</u> erklärt auf der Bundespressekonferenz auf Fragen von Journalisten, dass eine Wiedezulassung der KPD nur über eine Grundgesetzänderung möglich wäre, "und das würde eine sehr schwierige Aktion sein. Wir haben es also nicht in der Hand, einfach leichthin zu sagen, die Kommunistische Partei ist jetzt wieder zugelassen". Auf weitere Nachfrage erklärte er, dass er nicht die Absicht habe, die diesbezüglichen Briefe von Max Reimann und Ludwig Landwehr zu beantworten. Schließlich sagte er auf die Frage, ob er persönlich eine solche Grundgesetzänderung befürworten würde: "Ich habe mich mit dem Problem der Wiedezulassung der Kommunistischen Partei über eine Grundgesetzänderung noch nicht eingehend befaßt, weil ich die Frage für nicht

		aktuell halte".
1967	7. November	Der frühere Hamburger KPD-Bürgerschaftsabgeordnete Kurt Erlebach veröffentlicht zum 50. Jahrestag der Oktober-Revolution eine 81 Seiten starke Broschüre, in der Beiträge von vier KP-Führern zu dem Jahrestag enthalten sind, und zwar von Jacques Duclos, Frankreich, Palme Dutt, Großbritannien, Max Reimann, BRD, und Tomas Tirado, Spanien. Sie wird legal in der BRD vertrieben.
1967	10. November	Der SPD-Vorsitzende <u>Willy Brandt</u> (und Außenminister der Großen Koalition) erklärt vor der Bonner Presse: "Ich bin dafür, dass es wieder eine KPD gibt. Das könnte eine günstige Wirkung nach innen und außen haben." Die Alt-Kommunisten, die für eine Wiedezulassung der KPD agitieren, wüßten ganz genau, dass sie jederzeit eine solche neue Partei gründen könnten.
1967	25. November	Der Göttinger Rechtswissenschaftler <u>Prof. Dr. Rudolf Schuster</u> legt in einem Vortrag in der Akademie für Politische Bildung in <u>Bad Tützing</u> vier Möglichkeiten zur Relegalisierung einer kommunistischen Partei dar: Wiederaufnahme des Verfahrens, Überprüfung des Urteils auf Antrag, Überprüfung des Urteils von Amts wegen oder Änderung der Verfahrensnormen einschließlich der Einführung einer Frist von 5, 7 oder 10 Jahren für die Gültigkeit des Verbots. Alle vier Varianten erfordern eine Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, die mit einfacher Mehrheit im Bundestag beschlossen werden könnte.
1967	27. November	Im Informationsdienst "Innere Sicherheit", herausgegeben vom Bundesinnenministerium, wird mitgeteilt: "Bundeskanzler Kiesinger, Bundesaußenminister Brandt, Bundesinnenminister Lücke und die Konferenz der Innenminister (der Länder) haben darauf hingewiesen, die KPD könne sich neu gründen und frei betätigen, wenn sie die verfassungswidrigen Ziele aufgäbe, die zu ihrem Verbot führten". In einer weiteren Ausgabe von "Innere Sicherheit" wird klargestellt: "Eine Wiedezulassung der früheren KPD mit ihrem alten Programm ist ohne Verfassungsänderung nicht möglich...Die Gründung einer neuen KPD in der Bundesrepublik, die sich in ihrer Zielsetzung und in ihrer Tätigkeit deutlich von den verfassungswidrigen Umtrieben der alten KPD unterscheidet, ist - wenn dieser Fall einmal eintreten sollte - nach Art. 21 Abs. 1 GG ohne Zulassung möglich. Auf den Namen einer solchen neuen Partei kommt es nicht an. Sie könnte auch als neugegründete KPD auftreten. Ausschlaggebend ist, ob die neue Organisation in ihren Zielen und in ihrer Betätigung verfassungskonform ausgerichtet ist."
1967	1. Dezember	Im DGB-Organ " <u>Welt der Arbeit</u> " erscheint ein Artikel, in dem die Möglichkeit der baldigen Betätigung einer legalen KP in der BRD angesprochen und gesagt wird: "Wie auch immer: Es ist nicht einzusehen, warum wir nicht eine offen agierende KP ertragen könnten - so wie sie andere westliche Länder auch ertragen (verboten ist sie - außer bei uns - nur in Spanien und Portugal)...Wir hätten, gäbe es eine offen firmierende KP, klare Verhältnisse und wüßten, was nun wirklich 'links von der SPD' steht."
1967	4. Dezember	Der "Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD" teilt mit, daß auf seine Initiative seit dem Frühjahr 82 Veranstaltungen mit 20 000 Teilnehmern stattgefunden haben, in denen die Aufhebung des KPD-Verbots diskutiert und unterstützt wurde. Über die teilweise überfüllten öffentlichen Veranstaltungen des Initiativ-ausschusses wird in der örtlichen und regionalen Presse ausführlich berichtet.
1968	26. Januar	Der SPD-Bundestagsabgeordnete <u>Erhard Eppler</u> , der sich in der CSSR um Vertrauen in die "neue Ostpolitik" der Großen Koalition bemüht, verweist in der "Prager Volkszeitung" darauf, dass die BRD-Innenminister des Bundes und der Länder "der KPD ein faires Angebot gemacht" hätten. Jederzeit könne "eine neue Partei auch unter demselben Namen gegründet werden, wenn sie sich - wie etwa die französische KP - zu den Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie bekennt". Es sei "Sache der KPD, dieses Angebot aufzugreifen".
1968	27./28. Januar	15. Arbeitstagung des "Initiativ-Ausschuss für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen" in Frankfurt/M. übt scharfe Kritik an der politischen Strafjustiz in der BRD und warnt vor Absichten der Verschärfung des politischen Strafrechts im Zusammenhang mit der im Bundestag anstehenden "Strafrechts-

		reform". In einem Vorschlag an die Bundestagsabgeordneten unterbreitet die Tagung Vorschläge für eine Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, mit denen einmal verhängte Parteiverbote einer gerichtlichen Überprüfung zugänglich gemacht und deren Geltungsdauer auf 10 Jahre befristet wird.
1968	8. Februar	Eine Abordnung von drei Vertretern der KPD, <u>Grete Thiele, Max Schäfer und Herbert Mies</u> versucht auf einer <u>Pressekonferenz im Frankfurter Hotel "Hamburger Hof"</u> , die vom ehemaligen niedersächsischen KPD-Landtagsabgeordneten Ludwig Landwehr einberufen worden war, den im Juni 1967 auf einer Zentralkomitee-Tagung verabschiedeten neuen <u>Programmentwurf der KPD</u> in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Pressekonferenz wird vom Frankfurter Polizeipräsidenten auf Anordnung des hessischen Innenministers nach einem entsprechenden Fernschreiben des Bundesinnenministeriums wegen "Förderung der Ziele der verbotenen KPD" verboten und polizeilich aufgelöst. Max Schäfer und Herbert Mies werden vorläufig festgenommen, angeblich weil sie keine gültigen Personalausweise hatten, am folgenden Tag aber wieder freigelassen. Der Generalbundesanwalt leitet ein Ermittlungsverfahren gegen die drei Personen wegen Verdachts "der Fortführung einer verfassungswidrigen Partei als Rädelsführer" (§ 90a StGB) ein. Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs ordnet die Beschlagnahme "aller hergestellten, in Druck befindlichen und zur Verbreitung im Bundesgebiet bestimmten Exemplare" des Programmentwurfs einschließlich der Druckvorlagen an. Der Programmentwurf spricht sich für die "Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens" und einen "friedlichen und demokratischen Weg zum Sozialismus" durch einen "mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln geführten Klassen- und Volkskampf" aus. Die KPD betont in dem Programmentwurf, dass sie "ihre Politik auf dem Boden des Grundgesetzes" gestaltet und "für die Verteidigung und Erweiterung der im Grundgesetz und in den Länderverfassungen verkündeten demokratischen Rechte" eintritt. Das Programm akzeptiert ein "Mehrparteiensystem" und das Recht einer parlamentarischen Minderheit auf Opposition, wenn sie "die Verfassung und die vom Parlament beschlossenen Gesetze einhält".
1968	9. Februar	In der Bundespressekonferenz erklärt der Vertreter des Innenministeriums, Faulhaber, auf Nachfrage von Journalisten zum Verbot der Pressekonferenz zum KPD-Programmentwurf, was an dem neuen Programmentwurf als verfassungswidrig beanstandet würde: "Das Programm interessiert uns zunächst überhaupt nicht. Es kommt uns allein darauf an, festzustellen, ob die alte KPD mit einem neuen Programm ihre Tätigkeit fortsetzen will". Zugleich erklärt er erneut, daß gemäß der Vereinbarung der Innenministerkonferenz in Ulm für eine Neugründung der KPD keinerlei Voraussetzungen zu erfüllen seien: "Die Parteigründung ist in der Bundesrepublik frei. Es ist weder ein Genehmigungsverfahren erforderlich noch müssen irgendwelche Satzungen oder andere Dinge vorgelegt werden. Wenn eine Partei sich gründet, ist sie zunächst ein Faktum. Es ist dann Sache der zuständigen Behörden zu prüfen, ob eine solche Partei dem Art. 21 entspricht". Wenn das nicht der Fall ist, sei es Sache der zuständigen Behörden, dann die dafür im GG vorgesehenen Maßnahmen einzuleiten. Zuvor hatte Regierungssprecher Ahlers jede Stellungnahme zu dem Vorgehen gegen die Pressekonferenz abgelehnt, weil das allein eine Angelegenheit des Landes Hessen gewesen sei. Auf weitere Nachfrage erklärte der Sprecher des Innenministeriums dann jedoch, dass das Bundesinnenministerium, nachdem es von dem Vorhaben erfahren hatte, das hessische Landesinnenministerium auf die "rechtlichen Konsequenzen" bei Zulassung der Veranstaltung hingewiesen habe. Alles weitere, vor allem die konkreten Maßnahmen, die eingeleitet wurden, haben jedoch allein in der Zuständigkeit der hessischen Behörden gelegen.
1968	9. Februar	Kontroverse zwischen dem hessischen Innenministerium und dem Bundesinnenministerium um die Frage, wie das Verbot der Pressekonferenz zur Vorstellung des KPD-Programmentwurfs vom Vortag zustande kam. Entgegen den Darstellungen eines Sprechers des Bundesinnenministeriums, dass dafür das hessische Landesinnenministerium die Verantwortung habe, veröffentlicht das hessische

		Ministerium den Wortlaut eines Fernschreibens von Bundesinnenminister Lücke an den hessischen Innenminister Schneider, indem es heißt, daß die Pressekonferenz "einen eindeutigen Verstoß" gegen das KPD-Verbotsurteil darstellt und die zuständigen hessischen Behörden daher "rechtlich verpflichtet sind", die Pressekonferenz zu verbieten. Später erklärt das BMI, dass es sich dabei lediglich um eine "Empfehlung" gehandelt haben könne, weil des BMI gegenüber dem hessischen Innenministerium "nicht weisungsbefugt" sei.
1968	12. Februar	Auf der Bundespressekonferenz stehen erneut das Verbot der Frankfurter Pressekonferenz vom 8.2. und die Gründe der Festnahme und späteren Wiederfreilassung der KPD-Vertreter zur Debatte. Die Regierungssprecher erklären übereinstimmend, dass das Bundesinnenminister eine "Empfehlung" für ein Verbot an das hessische Landesinnenministerium gerichtet habe, weil ersichtlich gewesen sei, dass es sich um eine "provokatorische Veranstaltung" der verbotenen KPD gehandelt habe, die "testen" solle, ob die Bundesregierung das KPD-Verbot noch anwendet. Es wird betont, dass die "Wiedergründung" der verbotenen KPD unzulässig, jedoch die "Neugründung" einer neuen Partei auch unter der Namen KPD zulässig wäre, wenn sie auf dem Boden des Grundgesetzes agiert.
1968	13. Februar	Veranstaltung des "Rings politischer Hochschulgruppen" an der Universität Köln mit zwei Mitgliedern der dreiköpfigen Gruppe, die am 8.2. den Programmentwurf der KPD auf einer Pressekonferenz vorstellen wollten, wird auf ausdrückliche Weisung des NRW-Innenministers ohne Eingreifen der Staatsorgane toleriert.
1968	14. Februar	Auf einer Pressekonferenz des "Initiativ Ausschusses für die Wiedezulassung der KPD" im Bonner "Bürgerverein" mit mehr als 100 Medienvertretern treten Max Schäfer, Grete Thiele und Herbert Mies auf, um zu den Erklärungen der Bundesregierung zum KPD-Verbot und zu den "Möglichkeiten einer Neugründung der KPD" Stellung zu nehmen. Die Bonner Polizei machte das Stattfinden der Pressekonferenz von der Bedingung abhängig, dass nicht über den am 8.2. in Frankfurt/M. vorgelegten neuen KPD-Programmentwurf gesprochen und auch nicht daraus zitiert oder der Text verteilt wird. Polizeioffiziere nahmen den gesamten Verlauf der Veranstaltung zur späteren "Auswertung" auf Tonband auf. NRW-Innenminister Weyer (FDP) hatte entgegen dem Fernschreiben von Bundesinnenminister Lücke vom gleichen Tag darauf verzichtet, die Bonner Polizei anzuweisen, die Pressekonferenz zu verbieten. Später am gleichen Tag erklärt der Regierungssprecher Staatssekretär Diehl auf der Bundespresskonferenz auf Fragen von Journalisten, daßssich das Bundeskabinett "bisher noch nicht mit den Problemen der Wiedezulassung der KPD oder einer Neugründung der KPD beschäftigt" habe, die Vorgänge der letzten Zeit dies jedoch nunmehr notwendig machten.
1968	14. Februar	Bundesinnenminister Lücke weist die Innenminister der Länder per Fernschreiben darauf hin, angeblich im Einvernehmen mit dem Bundesjustizminister (Heinemann), daß das Auftreten der KPD-Funktionäre Schäfer, Mies und Thiele nach § 90a strafbar sei, "wenn sie als Vertreter der KPD auftreten". Dasselbe gelte, "wenn von Veranstaltern oder Teilnehmern von Versammlungen aus dem Parteiprogramm der KPD vorgetragen oder das Programm selbst verbreitet" werde. Deshalb müßten die "zuständigen Behörden" alle Versammlungen dieser Art "verbieten und die Verantwortlichen der Strafverfolgung zuführen". ("Bulletin der Bundesregierung" v. 16.2.68).
1968	14. Februar	Bei einer Studentenversammlung in der Mensa der Münchener Universität am Abend des 14.2. (nach der Bonner Pressekonferenz) verbietet die Polizei, dass Herbert Mies im Podium Platz nehmen und zum Programmentwurf der KPD sprechen kann. Die rund 200 anwesenden Studenten wehren sich gegen dieses Polizeivorgehen, indem sie den Programmentwurf von einem Studenten verlesen lassen und mit 30 Studenten um Herbert Mies eine lebendige Mauer bilden, um ihn vor dem Zugriff der Polizei zu schützen.
1968	22. Februar	Im Informationsdienst "Innere Sicherheit" des Bundesinnenministeriums wird eine ausführliche Argumentation zum neuen Programmentwurf der KPD veröffentlicht. Darin wird betont, dass "eine Revision dieses Urteils (gemeint ist das KPD-Verbot)

		oder die Wiedenzulassung einer verbotenen Partei nach geltendem Recht nicht möglich" sei und "jede Fortführung bzw. die Gründung einer Ersatzorganisation strafbar ist." Das bedeutet, dass auch die Verbreitung eines neuen Programms einer verbotenen Partei strafbar ist. Auf den Inhalt dieses Programms und seine Verfassungswidrigkeit kommt es dabei nicht an". Zugleich wird aber wiederholt: "Die Gründung von Parteien ist in der Bundesrepublik Deutschland an keine Zulassung oder Genehmigung gebunden. Auch Kommunisten können eine Partei unter welchem Namen auch immer gründen... Wird eine neue kommunistische Partei gegründet, so genießt sie den besonderen Schutz der Verfassung. Sie kann nur durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts verboten werden, wenn ihr verfassungswidrige Bestrebungen nachgewiesen werden. Wenn weder ihr Programm noch ihre tatsächlichen Ziele die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder zu beseitigen trachten, kann und wird niemand sie hindern, sich am politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland frei zu beteiligen." In der weiteren Argumentation wird aber deutlich, dass der neue KPD-Programmentwurf "keine wesentliche Änderung der ideologisch-politischen Grundlagen, der Ziele und der Taktik der KPD" enthält, wobei insbesondere das "Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus", zur "Diktatur des Proletariats", zur "revolutionären sozialistischen Umgestaltung" der BRD und zur "engen Kampfgemeinschaft mit der SED" hervorgehoben wird.
1968	23. Februar	Der Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsident i. R. Richard Schmid spricht sich in einem Artikel in der "Zeit" für eine Aufhebung des KPD-Verbots per Verwaltungsakt aus, indem die Bundesregierung ihren früheren Verbotsantrag zurücknimmt. Daran werde sie durch das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts nicht gehindert. In dem Artikel wird der den seinerzeitige Antrag der Bundesregierung auf Verbot der KPD heftig kritisiert, weil die KPD damals "in deutlicher Schrumpfung" gewesen sei und daher eine "Gefahr für den Bestand des Staates oder seine Verfassung" nicht anzunehmen war: "Der Verbotsantrag war ... lediglich als deutscher Beitrag zum Kalten Krieg gemeint, der damals - es war noch zu Lebzeiten Stalins und mitten im Koreakrieg - auf seinem Höhepunkt war. Der von Amerika gewünschte militärische Beitrag der Bundesrepublik war zu jener Zeit noch auf außen- und innenpolitische Schwierigkeiten gestoßen. Nun wurde die Eingliederung in den sogenannten freien Westen mit einem Akt politischer Unfreiheit vollzogen, durch den die Bundesrepublik, was Europa betrifft, in die exklusive Gesellschaft von Spanien, Portugal und heute auch Griechenland geraten ist".
1968	26./26. Februar	Zwei Frankfurter Schülerzeitungen veröffentlichen den Programmentwurf der DKP und verkaufen bzw. verteilen den Druck in den Pausen am Heinrich-von-Gagern-Gymnasium bzw. an der Ernst-Reuter-Gesamtschule. Im Vorspann der zuerst erschienen Schülerzeitschrift "Akelei" hieß es dazu, es liege den Urhebern "nichts ferner, als für die KPD Propaganda zu machen". Vielmehr habe man den Entwurf veröffentlicht, weil er "in seinen alten Phrasen, seinen unbewiesenen Behauptungen" für niemanden eine Gefahr sei. "Wir drucken diesen Entwurf ab, um dieser KPD zu schaden". Die Schülerzeitschrift befürwortet die Aufhebung des KPD-Verbots.
1968	27. Februar	In einem Kommentar der "Frankfurter Rundschau" zu der Diskussion um eine Wiedenzulassung der KPD heißt es: "Bei der gegenwärtigen Diskussion um Wiedenzulassung oder Neugründung der KPD und bei der sehr laut gewordenen amtlichen Kritik am neuen KPD-Programm wird gern übersehen, dass die Kommunisten natürlich nur an einer kommunistischen Partei interessiert sein können. Jede kommunistische Partei wird in ihrem Kern marxistisch bleiben und eine Gesellschaft anstreben, in der es kein oder in Ausnahmefällen nur geringes Privateigentum an den Produktionsmitteln gibt. Jede kommunistische Partei wird in so weit das Grundgesetz ändern beziehungsweise die im Grundgesetz gegebenen Enteignungsmöglichkeiten wahrnehmen wollen... Wer diese drei Kriterien für unvereinbar mit der sogenannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung ansieht, sollte offen sagen, daß jede Art von kommunistischer Partei in der Bundesrepublik auf Zeit und Ewigkeit verboten bleibt."
1968	27. Februar	Der Leitartikler der "Frankfurter Rundschau", <u>Karl-Hermann Flach</u> (später FPD-Generalsekretär) schreibt in seinem Leitartikel "Chancen der neuen KPD" nach

		kritischer Auseinandersetzung mit dem neuen KPD-Programmtextwurf: "Wenn die politische Führung in der Bundesrepublik klug wäre, würde sie die KPD schon zulassen, um den damit zu erwartenden Klärungsprozeß auf der Linken zu ermöglichen." Zuvor betonte er, dass "es töricht war und bleibt, die KPD zu verbieten, noch dazu in einer Zeit, in der eine NPD unbehindert agieren darf. Alle westlichen Demokratien leben mit ihren Kommunisten und werden politisch mit ihnen fertig. Das gilt für alle unsere engeren Verbündeten, für Frankreich und Italien mit ihren bedeutenden, für England, Skandinavien und die Beneluxländer mit ihren weniger bedeutenden kommunistischen Parteien. Selbst in den USA sind die Kommunisten nicht verboten, wenn auch zuweilen behindert. Nur in faschistischen und halbfaschistischen Staaten sind die Kommunisten in den Untergrund verbannt."
1968	1. März	Der "Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD" teilt mit, dass Mitglieder des Initiativausschusses seit seiner Bildung im März 1967 bis zum 1.3.68 auf 129 Veranstaltungen von unterschiedlichem Charakter (veranstaltet von Studentenvertretungen, Jugendclubs, Gewerkschaftsgremien, christlichen Kreise sowie ehemaligen Mandatsträger der KPD) Gelegenheit hatten, ihre Ansicht zur Wiedezulassung der KPD darzulegen.
1968	11. März	Das Bundesinnenministerium teilte laut einem Bericht der "Frankfurter Rundschau" auf Anfrage mit, dass sie 1966 Einnahmen im Wert von rd. 136 000 DM aufgrund der <u>Einziehung des Vermögens der 1956 verbotenen KPD</u> gehabt habe. Das Geld sei für "gemeinnützige Zwecke" verwendet worden, u.a. für eine geplante Diabetiker-Klinik in Bad Oeynhausen und ein Erholungsheim für Amputierte in Waldkirchen (Bayern) sowie einen Zuschuß an die Organisation der Malteser Hilfsdienste. Es seien noch mehrere Prozesse um die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme weiterer Vermögensteile im Gang, die ebenfalls gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden sollen.
1968	14. März	In der Fragestunde des Bundestages weist der Bundesinnenminister die Ansicht des CDU-Abgeordneten Busse zurück, dass es über die Behandlung von Veranstaltungen des "Initiativausschusses für die Wiedezulassung der KPD" und das Auftreten der KPD-Funktionäre Schäfer, Mies und Thiele Meinungsverschiedenheiten zwischen dem BMI und dem NRW-Innenminister Weyers sowie dem Bundesjustizminister gebe. Zugleich erklärt er erneut, daß das Auftreten der drei KPD-Vertreter strafbar sei, "wenn sie in ihrer Eigenschaft als Vertreter der illegalen KP tätig werden und damit die verbotene Partei fortsetzen". Hingegen seien "Veranstaltungen, auf denen nur mit der Möglichkeit einer Aufhebung des KPD-Verbots zusammenhängende Fragen oder die Neugründung einer KPD mit verfassungskonformem Programm sachlich erörtert werden", zulässig. Veranstaltungen, die unter dem Namen "Initiativausschuß" lediglich "vorgeben, sich mit diesen Fragen zu befassen, in Wahrheit aber die verbotene KPD fortsetzen oder unterstützen oder für sie werben oder für sie eine Ersatzorganisation bilden", seien jedoch zu verhindern.
1968	25. März	In einem gemeinsamen Schreiben erklären 15 bekannte Kommunisten in NRW, darunter die ehemalige KPD-Bundestagsabgeordnete Grete Thiele, daß sie es "für sinnvoll und für die politische Bewußtseinsbildung förderlich halten" würden, "beim Bundestagswahlkampf 1969 die außerparlamentarische Bewegung, die dann sicherlich doppelt notwendig sein wird, mit den Möglichkeiten des Kampfes um ihre entsprechende parlamentarische Repräsentation zu koordinieren". Darum seien sie "für ein Wahlbündnis demokratischer und sozialistischer Kräfte auf möglichst breiter Grundlage" und bereit, sich an einem solchen Bündnis zu beteiligen. Dafür seien sie auch bereit, "Erwägungen zu einer unabhängigen Kandidatur als Kommunisten zurückzustellen."
1968	27. März/ 5. April	Grete Thiele wendet sich im Einvernehmen mit Max Reimann in einem Brief an die Vorsitzenden der drei Bundestagsfraktionen wegen eines Gesprächs über die rechtlichen Möglichkeiten einer Wiedezulassung der KPD. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt verweist Frau Thiele in einem Antwortschreiben vom 5. April an den Bundesjustizminister, der bereit sei, sie zu empfangen.
1968	28. März	Auf einer Pressekonferenz in Bonn macht Ludwig Landwehr einen Brief von Max Reimann an die Vorsitzenden der drei Bundestagsfraktionen bekannt. Darin wird

		unter Bezugnahme auf das Verbot der Pressekonferenz am 8.2. in Frankfurt/M. und die Beschlagnahme des KPD-Programmwerfs darauf verwiesen, dass die Aufhebung des KPD-Verbots erforderlich ist, um die politische Betätigungsfreiheit für Kommunisten und andere Linkskräfte zu gewährleisten, weil eine "Neugründung" ohne Aufhebung des Verbots jederzeit wieder unter Bezugnahme auf dieses Verbot verfolgt und verboten werden könnte. Die Bundestagsfraktionen werden aufgefordert, auf die Regierung einzuwirken, um Verhandlungen über die Aufhebung des KPD-Verbots in Gang zu bringen.
1968	Ende März	Bundesinnenminister Lücke spricht sich in einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten Busse-Herford dafür aus, das Auftreten von KPD-Funktionären im Bundesgebiet im Rahmen von Veranstaltungen des "Initiativ-ausschusses für die Wiederzulassung der KPD" als Mißachtung des KPD-Verbots "präventiv zu verbieten". Auslöser der Anfrage war die unterschiedliche Beurteilung der Pressekonferenz des "Initiativausschusses" am 14.2. in Bonn mit Max Schäfer, Grete Thiele und Herbert Mies durch das Landesinnenministerium NRW (unter Leitung von FDP-Innenminister Weyer) und das Bundesinnenministerium. Lücke erklärte, dass zwar "Veranstaltungen, auf denen nur mit der Möglichkeit der Aufhebung des KPD-Verbots zusammenhängende Fragen oder die Neugründung einer KPD mit verfassungskonformem Programm sachlich erörtert werden, zulässig sind", dass aber Veranstaltungen, die "unter dem Namen 'Initiativausschuss' lediglich vorgeben, sich mit diesen Fragen zu befassen, in Wahrheit aber die verbotene KPD fortsetzen, sie unterstützen oder für sie werben oder für sie eine Ersatzorganisation bilden, verhindert werden müssen". Deshalb sei das Auftreten der drei KPD-Funktionäre "nach § 90 a StGB strafbar, wenn sie in ihrer Eigenschaft als Vertreter der illegalen KPD tätig werden und damit die verbotene Partei fortsetzen". Lücke behauptete, dass darüber zwischen ihm und den Innenministern der Länder ein "weitgehendes Einvernehmen" bestehe. Außerdem sei er als Bundesinnenminister laut dem Parteiengesetz dafür zuständig, "die für eine einheitliche Vollstreckung eines Parteiverbots erforderlichen Anordnungen zu treffen".
1968	28. März	Max Schäfer, Herbert Mies, Grete Thiele und Ludwig Landwehr veranstalten als Mitglieder der unter Vorsitz von Max Reimann gebildeten "Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Wiederzulassung der KPD" in Bonn eine "fliegende Pressekonferenz" in einem Bus, nachdem der Wirt des vorgesehenen Lokals von seiner Zusage eines Raumes zurückgetreten war. Es wird ein Schreiben von Max Reimann als Leiter der Verhandlungskommission an die Bundesregierung und alle Bundestagsfraktionen bekanntgemacht, in dem eine Reihe von Schritten zur Wiederherstellung der Legalität der KPD vorgeschlagen werden. Vorschläge für eine "Neugründung" einer KP könnten nicht ernst genommen werden, da eine solche Partei "ständig unter der fortgeltenden Verbotswirkung des Urteils gegen die KPD" stehen würde, heißt es in dem Text.
1968	Anfang April	Das Landgericht Düsseldorf verhängt gegen drei Kommunisten aus Duisburg drakonische Gefängnisstrafen wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot. Als "Rädelsführer" werden Otto Henke zu 21 Monaten und Oskar Rothstein zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt, Willi Hendriks erhält als "Mitglied einer verbotenen Organisation" 10 Monate.
1968	April	Im April-Heft der Fachzeitschrift "Monatsschrift für Deutsches Recht" werden von Ministerialrat Dr. Lüttger Angaben des Bundesjustizministeriums veröffentlicht, wonach es in der BRD in der Zeit vom 1.1.1960 - 31.12.1966 insgesamt 24 Hochverratsverfahren, 29 174 Landesverratsverfahren und 28 097 Verfahren wegen "Staatsgefährdung" gab. Dabei handelt es sich nur um staatsanwaltliche oder gerichtliche Verfahren, polizeiliche Ermittlungsverfahren sind nicht berücksichtigt. Aus einer Überschlagsrechnung ergibt sich ein Durchschnitt von mehr als 8000 staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Ermittlungsverfahren. Die Zahl der betroffenen Personen ist größer, weil in manchen Verfahren gegen mehrere Personen gleichzeitig ermittelt wird.

1968	2./ 8. Mai	Das Bundesinnenministerium veröffentlicht in zwei Ausgaben des von ihr herausgegebenen Informationsdienstes "Aktuelle Beiträge zur Innenpolitik" eine nochmalige Zusammenfassung der Rechtslage zum KPD-Verbot und den Gründen für das Verbot der Frankfurter Pressekonferenz am 8.2. sowie eine "Bewertung" des Inhalts des neuen KPD-Programmwerfs. Die Argumentation entspricht der in den vorhergehenden Tagen bereits dargelegten Position: Aufhebung des KPD-Verbots rechtlich nicht möglich, daher keine "Wiederzulassung" der KPD, aber Neugründung einer KP auf dem Boden des GG zulässig und nicht an eine vorhergehende Genehmigung gebunden. Zum Programmwurf der KPD wird erklärt, dass er nach wie vor ein Bekenntnis zum "Marxismus-Leninismus" und zur "Diktatur des Proletariats" enthalte und auf den "Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung" abziele.
1968	5. Mai	Anlässlich des 150. Geburtstags von Karl Marx findet in Trier eine Veranstaltung statt, die von einem Initiativkreis getragen wird. Redner sind Prof. Dr. Abendroth und Grete Thiele.
1968	5. Mai	Der FDP-Bundesvorsitzende <u>Walter Scheel</u> (später Bundespräsident) erklärt in einem Interview mit dem Schweizer Fernsehen, dass die Rechtslage in der BRD "leider" keine Möglichkeit vorsehe, ein einmal ausgesprochenes Parteiverbot abzuändern oder aufzuheben. Die FDP werde deshalb "in Kürze dem Parlament einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgerichtsgesetz zuleiten, damit in der Zukunft das Verfassungsgericht unter Umständen seine eigenen Urteile wieder revidieren kann, damit wir zu vernünftigen politischen Verhältnissen kommen. Ich meine, dass es gut wäre, die KPD wäre zugelassen; ich halte sie für keine Gefahr".
1968	14. Mai	Pressekonferenz der drei Mitglieder der Verhandlungskommission für die Wiederzulassung der KPD, Grete Thiele, Max Schäfer und Herbert Mies, gemeinsam mit dem ehem. baden-württembergischen KPD-Vorsitzenden und Landtagsabgeordneten Willi Bechtle und dem ehem. Vorsitzenden der KPD-Landtagsfraktion NRW, Karl Schabrod, in Stuttgart zur Veröffentlichung eines Offenen Briefes der fünf Kommunisten an alle Sozialdemokraten und SPD-Wähler, in dem ausgehend von den alarmierenden Landtagswahlergebnissen in Baden-Württemberg (Einzug der NPD in den Landtag) Gespräche zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten über gemeinsame Schritte zur Verhinderung der Notstandsgesetze und des Neonazismus vorgeschlagen werden.
1968	Mai	Die Bundesjugendkonferenz der IG Metall nimmt einen Antrag an, in dem die Wiederzulassung einer legalen kommunistischen Partei gefordert wird.
1968	17. Juni	NRW-Ministerpräsident <u>Heinz Kühn</u> erklärt auf einer Veranstaltung einem Teilnehmer auf dessen Frage zum KPD-Verbot: "Ich habe dieses Verbot noch nie für sinnvoll gehalten".
1968	25. Juni	Das Plenum des Bundestages bestätigt in seiner 182. Sitzung einen Bericht des Petitionsausschusses, in dem es zur Frage der Aufhebung des KPD-Verbots u.a. heißt, daß dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei. Weiter wird erklärt: "Dagegen ist eine Neugründung der KPD in der Bundesrepublik jederzeit möglich und an keine Zulassung oder Genehmigung gebunden". Diese Feststellung wird im gleichen Wortlaut am gleichen Tag in einem Brief von Bundestagspräsident Gerstenmaier an den "Initiativausschuss für die Wiederzulassung der KPD" wiederholt.
1968	28. Juni	Karl Schabrod teilt in einem Gespräch mit der "DVZ" mit, daß in den vergangenen Monaten seit der Vorlage des neuen KPD-Programmwerfs rund 160 Versammlungen zur Frage des KPD-Verbots durchgeführt worden seien.
1968	28. Juni	Der Deutsche Bundestag beschließt auf Initiative von Bundesjustizminister Heinemann eine " <u>Generalamnestie</u> " für alle bis dahin begangenen politischen Straftaten mit Ausnahme von "Landesverrat". Das Gesetz tritt ab 1.8.1968 in Kraft.

1968	4. Juli	<u>Gespräch von Max Schäfer und Grete Thiele im Bundesjustizministerium</u> über Fragen der Aufhebung des KPD-Verbots mit Bundesjustizminister <u>Heinemann</u> und dessen Staatssekretär <u>Ehmke</u> (SPD). Das Gespräch kam auf Anfrage von Grete Thiele zustande und war mit Wissen der drei Bundestagsfraktionen geführt worden. Die Regierungsvertreter erklärten dabei, dass eine Wiedezulassung der KPD nicht möglich sei, jedoch die Neugründung einer kommunistischen Partei nach dem Grundgesetz frei und ohne vorherige Genehmigung möglich sei. (Siehe die spätere Erklärung des Bundesjustizministeriums über den Inhalt des Gesprächs v. 30.9.68). Die Bundestagsfraktionen und das Bundesinnenministerium wurden über den Verlauf des Gesprächs informiert.
1968	24. Juli	Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe stellt in einer Entscheidung zur Einstellung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Kommunisten Fritz Besnecker (Singen a. H.) und andere fest, daß der neue Programmentwurf der KPD, der am 8. Februar in Frankfurt/M. der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte, nicht als verfassungswidrig angesehen werden kann. Besnecker und andere Genossen hatten den Programmentwurf weiterverbreitet. In der Begründung der Einstellungsentscheidung hieß es: "Der Inhalt der Broschüre (gemeint ist der in Broschürenform veröffentlichte Programmentwurf) ist nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vgl. Seite 35 der Broschüre) oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet". Daher sei eine Strafbarkeit der Verbreitung dieses Textes "nicht gegeben".
1968	Ende Juli	In einem vom Bundesinnenministerium vorgelegten Bericht "Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr linksradikaler Tendenzen im Jahre 1967" wird festgestellt, dass 1967 im Bundesgebiet "142 linksextreme Organisationen, darunter 7 Parteien und Wählergemeinschaften, 29 Jugendorganisationen und 106 sonstige Gruppen" tätig waren, von denen die meisten "unter kommunistischem Einfluss" gestanden haben sollen oder mit kommunistischen Gruppen bei der Verfolgung von politischen Nahzielen zusammenarbeiteten. In dem Abschnitt "Offene Arbeit der KPD" wird u.a. festgestellt, daß "einzelne Kommunisten" dazu übergegangen seien, "offen für kommunistische Ziele in der Öffentlichkeit einzutreten, was ihnen rechtlich nicht verwehrt ist". Zu den "offen erscheinenden kommunistischen Zeitungen" werden "Blinkfuer" für Hamburg und Schleswig-Holstein, "Neues Echo" für Bremen, "Meinung" für Niedersachsen, "tatsachen" für NRW, "Frankfurter Bote" für Hessen, "offen und frei" für Baden-Württemberg, "unsere zeit" für Baden und "Tribüne für Frieden, Freiheit und Demokratie" für Bayern gezählt, von denen 1967 insgesamt etwa 1,6 Mio. Exemplare verbreitet worden sein sollen. Außerdem vermerkt der Bericht, dass in etwa 130 bundesdeutschen Betrieben eine kommunistische Tätigkeit festgestellt worden sei, gegenüber 100 im Jahr zuvor, und 65 kommunistische Betriebszeitungen erschienen seien, davon 40 regelmäßig. Auch die Existenz von 56 marxistischen Bildungszirkeln wird vermerkt.
1968	Anfang August	Mehrere Anträge von IG-Metall-Gremien, darunter 7 Ortsverwaltungen, an den bevorstehenden Gewerkschaftstag der IGM (2.-7.9.68 in München) befürworteten die Aufhebung des KPD-Verbots bzw. die Wiedezulassung einer legalen KP. Die Anträge werden u.a. damit begründet, dass dies notwendig sei, "um eine sachliche und legale Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu ermöglichen, das Ansehen der Bundesrepublik in der Weltöffentlichkeit zu stärken, die Rechtsunsicherheit im politischen Strafrecht zu beseitigen und eine Versachlichung der Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu fördern". (Die Anträge wurden auf dem Gewerkschaftstag nach streitbarer Debatte von der Kongressmehrheit abgelehnt).

1968	22. August	<p>Acht Persönlichkeiten der außerparlamentarischen Opposition wenden sich in einem "<u>Offenen Brief an westdeutsche Kommunisten</u>" gegen den Einmarsch der Truppen der UdSSR und anderer Warschauer Paktstaaten in die CSSR als im Widerspruch zu den Prinzipien des internationalen Sozialismus stehend und Schädigung des Fortschritts der sozialistischen Bewegung im internationalen Maßstab. Es wird die Frage aufgeworfen, ob auch die westdeutschen Kommunisten diesen Schritt "offen diskutieren und kritisch dazu Stellung beziehen" werden. Die Mitarbeit der westdeutschen Kommunisten in der außerparlamentarischen Bewegung, für die die Unterzeichner sich aussprechen, setze voraus, "dass westdeutsche Kommunisten bereit sind, auch die Politik der UdSSR von sozialistischen Prinzipien aus unter Kritik zu nehmen". Insofern entscheide "das Verhalten der westdeutschen Kommunisten jetzt über die Möglichkeiten weiterer Zusammenarbeit in der außerparlamentarischen Opposition". Der Brief ist unterzeichnet von Dr. Andreas <u>Buro</u>, Heiner <u>Halberstadt</u>, Klaus <u>Vack</u>, Herbert <u>Stubenrauch</u>, Prof. <u>Abendroth</u>, Arno <u>Klönne</u>, Philipp <u>Pleiß</u> und Rudolf <u>Segall</u>.</p> <p>Einige Tage später antworten acht westdeutsche Kommunisten ebenfalls mit einem Offenen Brief. Darin wird die "grundsätzlich andere Beurteilung des Eingreifens der fünf sozialistischen Länder" durch die westdeutschen Kommunisten unter Verweis auf eine real existente konterrevolutionäre Gefahr in der CSSR ausführlich begründet, zugleich aber betont, dass angesichts der Politik der herrschenden Kreise in der BRD trotz vorhandener grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten die Zusammenarbeit der demokratischen und sozialistischen Kräfte weiterhin dringend geboten ist und nicht von irgendwelchen Vorbedingungen abhängig gemacht werden darf, da jeder Partner dieser Zusammenarbeit seine volle Entscheidungsfreiheit behalten müsse und niemand versuchen dürfe, dem anderen seine Ansichten aufzuzwingen. Der Antwortbrief ist unterzeichnet von Peter <u>Gingold</u>, Kurt <u>Erlebach</u>, Karl-Heinz <u>Schröder</u>, Georg <u>Polikeit</u>, Ellen <u>Weber</u>, Robert <u>Steigerwald</u>, Martha <u>Buschmann</u> und Karl <u>Schabrod</u>.</p>
1968	25./26. September	<p><u>Konstituierung der DKP</u> - Zusammenkunft von 31 Kommunisten in Frankfurt/Main beschließt Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei in der BRD - Verabschiedung der "Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei" - Bildung eines "Bundesausschusses" und Wahl eines Arbeitsausschusses unter Leitung von Kurt Bachmann (weitere Mitglieder: Kurt Erlebach, Hamburg, Josef Mayer, Frankfurt/M., Ludwig Müller, Angermund b. Düsseldorf, Karl-Heinz Noetzel, Essen.). In der Erklärung betont die Partei ihre programmatische und organisatorische Selbstständigkeit. Sie erklärt: "Wir achten das Grundgesetz, wir verteidigen die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze. Mit der Neukonstituierung nehme die Partei "die Rechte aus Artikel 21 GG in Anspruch".</p> <p>- Aufruf zur Bildung von örtlichen Ausschüssen für die neue Partei, Ankündigung einer "größeren Bundestagung" mit Vertretern der örtlichen Ausschüsse zur Beratung der weiteren Schritte und Einberufung des 1. Parteitags. Am nächsten Tag (26.9.) Pressekonferenz zur Bekanntgabe der Neukonstituierung im "Haus Kanne" im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen mit rund 100 anwesenden Medienvertretern, nachdem der ursprünglich vorgesehene Ort der PK im Frankfurter Hotel Intercontinental infolge Weigerung der Direktion, den vereinbarten Raum zur Verfügung zu stellen, verlegt werden musste.</p>
1968	27. September	<p>Der Regierungssprecher der Bundesregierung, Diehl, erklärt auf Anfrage von Journalisten in der Bundespressekonferenz, dass die Bundesregierung die Verfassungskonformität der neukonstituierten DKP überprüfe und sich dabei nicht nur mit ihrem Programm, sondern auch mit ihrem "weiteren Verhalten" befasse. Wenn sowohl das Programm als auch das Verhalten dem Grundgesetz entspreche, könne die DKP nicht verboten werden.</p>

1968	27. September	Der SPD-Pressedienst reagiert mit wilden antikommunistischen Ausfällen auf die Konstituierung der DKP. Es wird behauptet, dass die Kommunisten in der BRD "willige Handlanger des Sowjetimperialismus" seien, denen man "auf die Finger schauen" müsse und die "moralisch außerhalb unseres Volkes" stehen. Seitens der Kommunisten wurde dazu daran erinnert, dass sie ähnliche Äußerungen ihres Ausschlusses aus der "Volksgemeinschaft" zuletzt von den Handlangern des NS-Terrors gehört hätten.
1968	30. September	Bundesjustizminister Heinemann dementiert in einer Stellungnahme Pressemeldungen, wonach die Neukonstituierung der DKP vorher im Bundesjustizministerium abgesprochen worden sei. Es heißt darin: "Richtig ist, dass - ganz unabhängig von dem jetzigen Vorgang - die früheren Mitglieder der verbotenen KPD Frau Grete Thiele und Herr Max Schäfer am 4. Juli 1968 im Bundesjustizministerium vorgeprochen haben, um sich den Standpunkt des Bundesjustizministerium zu der nach dem Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts gegebenen Rechtslage darlegen zu lassen". Das Gespräch sei aufgrund einer Anfrage von Frau Thiele mit Wissen der drei Bundestagsfraktionen geführt worden, über seine Ergebnisse seien diese ebenso wie der Bundesinnenminister unterrichtet worden. Der Minister und sein Staatssekretär (Ehmke, SPD) hätten dabei den bekannten Standpunkt der Bundesregierung vertreten, wie er vorher schon in der "Juristenzeitung" 1967 S. 425 dargelegt worden war (Wiederzulassung der KPD juristisch nicht möglich, "Neugründung" gemäß dem Art. 21 GG jedoch möglich, vorausgesetzt dass Programm und Tätigkeit der verfassungsmäßigen Ordnung entsprechen).
1968	30. September	Der KPD-Vorsitzende <u>Max Reimann</u> begrüßt in einem Brief an den Bundesausschuß der DKP den Schritt der Neukonstituierung und wünscht den Beteiligten "bei ihrer Arbeit vollen Erfolg". Es heißt darin: "Ich bin überzeugt, daß Ihr im Interesse der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten der Bundesrepublik gehandelt habt."
1968	1./2. Oktober	Feuerüberfall auf das Büro des Bundesausschusses der neukonstituierten DKP in Bonn im Anschuss an eine neofaschistische Großkundgebung des NPD-Vorsitzenden von Thadden, die infolge antifaschistischer Protestaktionen vorzeitig abgebrochen werden mußte. Es wurden aus wenigen Metern Entfernung acht Schüsse abgegeben, die den Rollladen und das Schaufenster des Büroraums durchschlugen. Später, am 8.11.68, teilte die Bonner Justizpressestelle mit, dass der 25jährige Elektromonteur Hengst, Mitglied der NPD, gestanden habe, mit einem Gewehr sieben Schüsse in das Fenster des DKP-Büros abgegeben zu haben.
1968	5. Oktober	In der antifaschistischen Wochenzeitung "Die Tag" erscheint eine Kolumne von G. Polikeit, Mitglied des Bundesausschusses der DKP, in der in Auseinandersetzung mit Behauptungen, die DKP sei auf "Rat der Bundesregierung" gegründet worden: "Wir haben die Kommunistische Partei neu konstituiert, weil wir dies für politisch notwendig halten und weil der Zeitpunkt uns dafür reif erscheint... Wir folgen mit der Neukonstituierung keinem "Rat" dieser Regierung. Wir nehmen uns vielmehr nur die Legalität, die uns nach dem Grundgesetz zusteht. Wir überlassen es der Bundesregierung, ob sie unsere Neukonstituierung als 'Neugründung' im Sinne ihrer Äußerungen betrachten will. Aber wir akzeptierten keine politischen Auflagen, wie sie von Regierungsseite verschiedentlich mit dem Begriff 'Neugründung' verbunden wurden. Wir werden unsere Politik auch in Zukunft genauso selbständig und unabhängig entwickeln, wie wir die Neukonstituierung vollzogen haben, ohne vorher irgendwo um Genehmigung zu fragen. Darstellungen, dass vorher Absprachen im Justizministerium stattgefunden hätten, entsprechen übrigens nicht den Tatsachen... Vom Schandfleck des KPD-Verbots kann sich die Bundesregierung mit dem Hinweis auf unsere Partei nicht befreien. Der Kampf um die Beseitigung dieser Schande wird weitergehen..."

1968	7. Oktober	Wie der DKP-Bundesausschuss in einer Pressemitteilung bekanntgibt, haben sich innerhalb der ersten zehn Tage seit dem Aufruf zur Neukonstituierung in allen zehn Bundesländern Landesausschüsse mit insgesamt 339 Mitgliedern und in 71 größeren Städten Kreisausschüsse gebildet. Die Bildung von 67 weiteren Kreisausschüssen bis zum 15.10. sei angekündigt. An den in Nordrhein-Westfalen abgehaltenen Kreismitgliederversammlungen nahmen 1320 Mitglieder teil.
1968	10. Oktober	Berichte in der bürgerlichen Presse teilen "aus inoffizieller Quelle aus der Bundesregierung" mit, dass die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe in den unmittelbar nächsten Tagen beim Strafsenat des Bundesgerichtshofes die <u>Aufhebung des Haftbefehls gegen den KPD-Vorsitzenden Max Reimann</u> beantragen werde. Reimann könne sich "praktisch jederzeit von Ostberlin in die Bundesrepublik begaben, ohne befürchten zu müssen, in Haft genommen zu werden, weil die rechtliche Grundlage dafür zwischenzeitlich durch "Verjährung" der ihm zur Last gelegten Straftat entfallen sei. Der Haftbefehl gegen Reimann aus dem Jahr 1953, der nach Erlöschen seiner Immunität als Bundestagsabgeordneter nach der Bundestagswahl 1953 ab 1954 in Kraft trat, war mit dem Verdacht des "versuchten Hochverrats" aufgrund des damaligen "Programms der Nationalen Wiedervereinigung" der KPD begründet worden.
1968	11. Oktober	Ein Sprecher des Bundesjustizministeriums teilt mit, dass Max Reimann keine Verhaftung befürchten müsse, falls er in die Bundesrepublik einreisen sollte. Es bestehe zwar noch ein Haftbefehl gegen ihn, doch da die Strafverfolgung gegen ihn wegen des Vorwurfs früherer "hochverräterischer Unternehmungen" verjährt sei, habe das Justizministerium das Fahndungsersuchen bereits zurückgezogen. Er brauche keine Verhaftung, weder durch einen Richter noch durch die Polizeiorgane befürchten. Der Haftbefehl solle in Kürze auch formell aufgehoben werden.
1968	11. Oktober	Auf der Bundespressekonferenz in Bonn ergibt sich aufgrund von Journalistenfragen und Antworten eines Sprechers des Bundesjustizministeriums, dass die Meldungen über die Aufhebung des Haftbefehls gegen Max Reimann so nicht den Tatsachen entsprechen. De facto ist der Haftbefehl zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufgehoben und auch nicht durch "Verjährung" unwirksam geworden. Der Generalbundesanwalt hat noch keinen Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls beim 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs gestellt, der allein den Haftbefehl aufheben kann; er "prüft" laut Angaben des Sprechers des Justizministeriums derzeit lediglich, ob er das in Kürze tun soll. Auch das dem Haftbefehl zugrundeliegende Ermittlungsverfahren gegen Reimann wegen Hochverrat ist nicht eingestellt, sondern läuft weiter. Dennoch behauptet der Ministeriumssprecher, dass bei einem Auftreten Max Reimanns in der BRD "wahrscheinlich nichts passieren" würde.
1968	12. Oktober	Der Bundesausschuss der DKP beschließt auf seiner 2. Tagung die Einberufung der ersten Bundeskonferenz der Partei zum 27.10. in die Stadthalle Offenbach/Main. Als ihre Aufgabe wird die Vorbereitung der Einberufung des ersten Parteitags der DKP benannt. Gleichzeitig beschließt der Bundesausschuss die Unterstützung des sich formierenden Aktions- und Wahlbündnisses (später ADF) zur Bundestagswahl 1969.
1968	16. Oktober	Die Bundesanwaltschaft teilt mit, dass sie die formelle Aufhebung des Haftbefehls gegen Max Reimann beim 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs beantragt hat und mit einer Entscheidung noch im Lauf der Woche gerechnet wird. Der Haftbefehl sei zwar bereits als "verjährt" betrachtet worden, da die ihm zugrundegelegten Vorwürfe "landesverräterischer Unternehmungen" bereits verjährt gewesen seien, aber ein formeller Aufhebungsbeschluss sei dennoch nötig.

1968	17. Oktober	Zu den Mitteilungen über die angebliche Aufhebung des Haftbefehls gegen Max Reimann wird aus Kreisen des Bundesausschusses der DKP darauf verwiesen, dass damit noch immer keine Rechtssicherheit für Reimann in der BRD gewährleistet sei. Als 1. Sekretär des ZK der KPD könnte er bei öffentlichem Auftreten in der BRD jederzeit wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot wieder verhaftet werden. Auf eine Anfrage, ob Reimann an der für den 27. Oktober 1968 einberufenen ersten Bundeskonferenz der DKP in Offenbach/Main teilnehmen könnte, wurde zusätzlich erklärt, dass Reimann bisher der DKP nicht angehöre und keine Äußerung von ihm vorliege, dass er an der Konferenz teilzunehmen wünsche. Deshalb sei auch keine Einladung an ihn ergangen. Es würde aber von der DKP begrüßt werden, wenn dieser bekannte westdeutsche Kommunist endlich die Möglichkeit hätte, in der Bundesrepublik wieder frei und ungehindert seine politischen Auffassungen darzulegen. Die Fortexistenz des KPD-Verbots sei dafür ein schweres Hindernis, das endlich beseitigt werden müsse.
1968	18. Oktober	Bundesjustizminister Dr. Heinemann erklärte in einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage des CSU-Abgeordneten v. Wrangel erneut, dass "Gegenstand des Gespräches mit Frau Thiele und Herrn Schäfer (am 4.7.68) nicht die Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei war". Gegenstand des Gespräches, das auf Anfrage von Frau Thiele zustandekommen sei und mit Wissen aller drei Bundestagsfraktionen geführt wurde, sei die Frage gewesen, "ob die alte KPD wieder zugelassen werden könne. Das wurde aus bekannten Gründen verneint".
1968	21. Oktober	In einem "Spiegel"-Gespräch erklärt Kurt Erlebach, Mitglied des Bundesausschusses der DKP, dass der Begriff "Neugründung" einer kommunistischen Partei abgelehnt worden sei, weil von der Bundesregierung und dem Innenministerium "immer wieder bedeutet wurde, eine Neugründung sei mit bestimmten Auflagen verbunden". Außerdem bestätigt er, dass es vor der DKP-Konstituierung zwar Gespräche führender Kommunisten, nämlich Max Schäfer und Grete Thiele, im Bundesjustizministerium, aber außerdem auch mit Mitgliedern des Rechts- und des Innenausschusses des Bundestags und mit anderen Bonner Politikern gab, diese jedoch lediglich um die Aufhebung des KPD-Verbots, nicht um eine neue Partei gingen.
1968	27. Oktober	<u>Erste Bundeskonferenz der neukonstituierten DKP in der Stadthalle Offenbach/Main</u> mit rund 500 Vertretern von inzwischen gebildeten Orts-, Kreis- und Landesausschüssen. Referat von Kurt Bachmann zur Notwendigkeit der Existenz einer legalen KP in der BRD. Lebhaftige Diskussion mündet in den Beschluss über die Einberufung des ersten Parteitags der DKP einschließlich Festlegung des Delegiertenschlüssels (Wahl auf Kreisebene, 1 Delegierte pro angefangene 30 Mitglieder) und der Regularien zum Antragsrecht. Wahl von zwei Kommissionen zur Vorbereitung der Entwürfe für ein Parteiprogramm und ein Statut der DKP. Der Bundesausschuss wird beauftragt, Ort und Zeitpunkt des Stattfindens des Parteitags spätestens acht Wochen vor Stattfinden bekanntzugeben. Verabschiedung eines Aufrufs "An die Arbeiterklasse der Bundesrepublik - an alle arbeitenden Menschen in Stadt und Land" sowie eines Briefs an den Gründungskongreß des Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969 mit Zustimmung und Unterstützung dieses Vorhabens. Im Referat wurde bekanntgegeben, dass sich in den ersten vier Wochen seit der Neukonstituierung 9085 Menschen der DKP angeschlossen haben. Es bestehen Ortsausschüsse in 181 Städten und Gemeinden und Kreisausschüsse in 183 Kreisen. Von den 513 Teilnehmern der Offenbacher Parteikonferenz waren 421 unter 50 Jahre alt, 282 übten Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionen aus.

1968	13. November	Durch den Versand eines Aufrufs und entsprechende Pressemeldungen wird bekannt, dass sich am 26.10. in Köln (einen Tag vor der ersten Bundeskonferenz der DKP) eine neue Partei namens "KPD - Marxisten-Leninisten" gegründet hat, die sich auf die "Lehre Mao Tse Tungs" beruft. Die Gründung erfolgte offenbar unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Als führende Figur wird der Hamburger Ernst Aust genannt, der früher Mitglied der KPD und Redakteur der Wochenzeitung "Blinkfuer" in Hamburg war, im Herbst 1967 jedoch unter Abgabe einer entsprechenden antikommunistischen Erklärung den Bruch mit seiner früheren Partei vollzog und danach als Herausgeber des "Roten Morgen" agierte. Seitens der DKP wird dieser Vorgang als eine Neuaufgabe eines Spaltungsversuchs bezeichnet, um der erfolgreichen Neukonstituierung der DKP entgegenzuwirken. Von den Karlsruher Justizbehörden wurde erklärt, daß trotz der Übernahme des Namens KPD die neue KPD-ML nicht als "Ersatzorganisation" im Sinn des KPD-Verbots zu behandeln sei, da sie nicht die Tätigkeit der verbotenen KPD fortsetzt.
1968	15. November	<u>Max Reimann</u> kehrt nach 12-jährigem Exil in die BRD zurück. Wie der stellvertretende Regierungssprecher Ahlers am 15.11. gegenüber der Bonner Presse mitteilte, ist der 1. Sekretär des ZK der KPD am Vortag (14.11.) in Begleitung einer Ärztin und mehrerer Genossen in die BRD eingereist, um entsprechend einer im Oktober in Berlin gemachten Ankündigung als Vorsitzender der "Verhandlungskommission" mit der Bundesregierung über die Aufhebung des KPD-Verbots zu verhandeln. Laut Angaben aus Regierungskreisen war der gegen ihn bestehende Haftbefehl "durch Verjährung" gefallen, sodass gegen die Rückkehr Reimanns nicht eingeschritten werden musste, obwohl eine förmliche Aufhebung dieses Haftbefehls durch den Bundesgerichtshof nicht erfolgt war.
1968	16. November	4. Tagung des Bundesausschusses der DKP zu den Ergebnissen der Bundeskonferenz in Offenbach und zur Festlegung der weiteren Schritte. Es wird beschlossen, den Bundesausschuss um 15 weitere Mitglieder zu erweitern. In den Bundesausschuss aufgenommen werden u.a. mehrere kommunistische Betriebsräte und Gewerkschafter sowie bekannte kommunistische Politiker wie Grete Thiele (Wuppertal, ehem. Bundestagsabgeordnete der KPD), Kurt Baumgarte (Hannover, KPD-Landtagsabgeordneter), Günter Judick (Velbert), Richard Scheringer (Kösching, ehem. KPD-Abgeordneter in Bayern), Karl Schabrod (Düsseldorf, ehem. KPD-Landtagsabgeordneter). Der Arbeitsausschuss des Bundesausschusses wird von 5 auf 9 Mitglieder erweitert. Mitglieder werden <u>Herbert Mies</u> , <u>Max Schäfer</u> , <u>Josef Schleifstein</u> und <u>Manfred Kapluck</u> . Gleichzeitig berät die Tagung auf der Grundlage eines Referats von Karl-Heinz Noetzel Fragen des künftigen Parteaufbaus und des Statutentwurfs.
1968	19. November	Max Reimann hält in einem Düsseldorfer Hotel seine erste internationale Pressekonferenz nach seiner Rückkehr in die BRD ab. Er betont, dass er es als seine Aufgabe ansehe, als Leiter der Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Aufhebung des Verbots KPD sowohl durch öffentliche Aktivitäten als auch durch Verhandlungen mit Regierungsstellen tätig zu werden. Zu seinem Verhältnis zur DKP befragt, erklärte er, er wünsche ihr viel Erfolg in ihrem politischen Wirken, doch sei er selbst bisher nicht Mitglied der DKP und sehe er seine Aufgabe zunächst im Wirken für die Aufhebung des KPD-Verbots. Wie er sich in Zukunft entscheiden werde, sei seine persönliche Angelegenheit.

1968	30. November	Auf einer Tagung "Marx und die Gewerkschaften heute", veranstaltet von der "Marxistischen Studiengemeinschaft Düsseldorf", legt DKP-Sprecher Kurt Bachmann erstmals namens der DKP das <u>Verhältnis zu den Gewerkschaften</u> dar. Er betont, daß die Kommunisten "nicht aus taktischen Gründen in den Gewerkschaften tätig sind", sondern von ihrer "fundamentalen Notwendigkeit für den ökonomischen und politischen Kampf der Arbeiterklasse" ausgehen. Mit Verweis auf Lenin, besonders dessen Schrift über den "linken Radikalismus", wurde betont, dass die revolutionäre Zielsetzung der Arbeiterbewegung und der Kampf um aktuelle Tagesforderungen und Reformen nicht einander gegenübergestellt werden dürfe. Daher fühle sich die DKP eng mit der größten Massenorganisation der Arbeiter und Angestellten in der BRD verbunden. Nach der Kritik von sozialpartnerschaftlichen Orientierungen und Antikommunismus in den Gewerkschaften wird betont: "Wir verstehen uns nicht als Opposition in den Gewerkschaften, sondern betrachten uns als zum Kern der bedeutendsten Massenorganisation der Arbeiterklasse gehörig".
1968	Anfang Dezember	In einem Artikel in der Münchener "Abendzeitung" und im CSU-Organ "Bayern-Kurier" erhebt Bundestagsvizepräsident und CSU-Vorstandsmitglied Dr. Jaeger schwere Vorwürfe gegen Bundesjustizminister Heinemann wegen seiner angeblichen "Verhandlungen" mit Vertretern der KPD im Sommer dieses Jahres über die Bildung der DKP. Heinemann sei für das Amt des Bundespräsidenten ungeeignet. Das führt zu heftigen Spannungen in der Bonner Großen Koalition. Helmut Schmidt als SPD-Fraktionsvorsitzender kündigt an, wenn Jäger den Bundestag präsidiere, ohne sich entschuldigt zu haben, werde die SPD-Fraktion geschlossen den Saal verlassen. Nach einigen Tagen werden die entstandenen Spannungen zwischen CDD/CSU und SPD jedoch wieder "beigelegt", ohne dass Jäger eine ausdrückliche Entschuldigung öffentlich gemacht hätte. Max Schäfer, Teilnehmer der damaligen Gespräche mit Heinemann, stellt in einer Pressemitteilung am 9.12.68 klar, dass die Gespräche namens der "Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Wiedezulassung der KPD" geführt worden seien und sich um Möglichkeiten und Wege der Aufhebung des KPD-Verbots und der Beseitigung seiner Wirkungen drehte. Die Gespräche im Bundesjustizministerium seien zustandegekommen, nachdem die "Verhandlungskommission" sich zunächst mit mehreren Briefen an die Bundesregierung und alle Bundestagsfraktionen gewandt hatte und das letztere Schreiben an die Fraktionen später auf einer Pressekonferenz öffentlich bekannt gemacht wurde. Schäfer verweist in seiner Erklärung auf die Karriere Jägers als Jurist in der Nazizeit und dessen Freundschaft mit dem faschistischen Franco-Regime in Spanien und Salazar-Regime in Portugal.
1968	2. Dezember	Pressemitteilung des Bundesjustizministeriums über das Zustandekommen des Gesprächs von Max Schäfer und Grete Thiele am 4. Juli 1968. Demnach hat sich Frau Thiele am 27.3.68 im Einvernehmen mit Max Reimann mit einem Schreiben an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen gewandt und um ein Gespräch über die rechtlichen Möglichkeiten einer Wiedezulassung der verbotenen KPD gebeten. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Helmut Schmidt, habe G. Thiele daraufhin mit Schreiben vom 5.4.68 an den Bundesjustizminister verwiesen, der bereit sei, sie zu empfangen. Davon seien am gleichen Tag außer dem Bundesjustizministerium auch der Bundesinnenminister Benda und die Vorsitzenden der übrigen Bundestagsfraktionen (Barzel und Mischnik) per Durchschlag informiert worden. Über das Gespräch am 4.7. sei im Justizministerium ein Protokoll angefertigt worden, das dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion am 9.7.68 mit Durchschlägen für die übrigen Fraktionsvorsitzenden und den Innenminister übersandt worden sei. Der SPD-Fraktionsvorsitzende habe die Durchschläge am 22.7.68 an die genannten Herren weitergeleitet. Des weiteren wird auf die Mitteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 30.9.68 verwiesen, in der der Vorgang in gleicher Weise dargestellt wurde. Der Justizminister und sein Staatssekretär hätten dabei "noch einmal den bekannten Standpunkt der Bundesregierung in dieser Sache vertreten".
1968	4. Dezember	Brief Max Reimanns an die Bundesregierung, in dem er die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über die Aufhebung des KPD-Verbots und eine "konstruktive

		Lösung des Problems des KPD-Verbots" sowie "die politischen und juristischen Wege und Modalitäten zur Beseitigung sämtlicher Wirkungen des Verbots" vorschlägt. Der Brief wird von Reimann am 15.12. auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf der Öffentlichkeit bekanntgemacht.
1968	6. Dezember	Der Bundesausschuss der DKP wendet sich entsprechend einem Auftrag der ersten Bundeskonferenz in einem <u>Brief an die Mitglieder und Funktionäre der SPD</u> , der am 10.12. der Öffentlichkeit übergeben wird. In dem vierseitigen Schreiben wird betont, dass die DKP ein "vertrauensvolles und kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern und Anhängern der SPD" anstrebt, weil es ohne Verständigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, ohne das Zusammenwirken aller Sozialisten und Demokraten in der Bundesrepublik keine fortschrittliche Entwicklung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gebe. Vorgeschlagen wird "ein Meinungs-austausch über die Vorstellungen und Vorschläge der SPD, der Gewerkschaften und der DKP", aus dem sich Aktionen zur Abwehr der Unternehmerangriffe und Rechtsentwicklung ergeben sollen.
1968	13. Dezember	Der Parteivorstand der SPD beschließt zum Offenen Brief der DKP an die Mitglieder und Funktionäre der SPD vom 6./10.12. eine Erklärung, die als Antwort an die SPD-Mitglieder versendet wird. Darin heißt es, dass die Sozialdemokraten der DKP "außer einer harten Auseinandersetzung nichts zu bieten" hätten. Mit der "Taktik der Umarmung" wolle die DKP nur die Mitglieder der SPD von ihrer Führung zu trennen. "Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Gemeinsamkeiten. Es gibt keinerlei Anlass für gemeinsame Gespräche oder gar gemeinsame Aktionen".
1968	14. Dezember	Die von der Offenbacher Bundeskonferenz gewählte Programmkommission der DKP diskutiert auf einer Zusammenkunft in Düsseldorf den Entwurf einer Grundsatz-erklärung der DKP, die der Mitgliedschaft zur Diskussion vorgelegt und dann vom Parteitag beschlossen werden soll.
1968	20. Dezember	Im Auftrag des DKP-Bundesausschusses übergibt Peter Gingold in Paris eine Grußbotschaft der DKP an die FNL Südvietnams. Zugleich findet eine Begegnung mit dem Leiter der Delegation der DR Vietnam in Paris statt.
1969	3. Januar	Vertreter von 40 marxistischen Studien- und Bildungsgemeinschaften vereinbaren auf einer Tagung in Frankfurt/M. die Bildung der Vereinigung " <u>Marxistische Arbeiterbildung</u> (MAB) - Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" und beschließen eine vorläufige Satzung. Dem Vorstand der Vereinigung gehören an: Dr. Robert Steigerwald, Eschborn, Vorsitzender, Dr. Fritz Krause, Niedereschbach (stellv. Vors.), Bernd Hartmann, Köln, Geschäftsführer, Lieselotte Schneider, Augsburg, Schriftführerin.
1969	7. Januar	DKP-Bundesausschuss veröffentlicht eine "Antwort an Willy Brandt", in der er sich mit der ablehnenden Reaktion der SPD-Führung auf den DKP-Brief an die Mitglieder und Funktionäre der SPD vom 6.12.68 auseinandersetzt, die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns erneut betont und das Gesprächsangebot auf allen Ebenen erneuert wird. Die SPD-Führung hatte den DKP-Brief als "Umarmungstaktik" abgetan und erklärt, die SPD habe der DKP "nichts zu bieten außer einer harten Auseinandersetzung". Die SPD-Führung hielt es aber offenbar für notwendig, einen von Brandt unterzeichneten Brief an alle Mitglieder zu versenden, um an der Basis die Abgrenzung gegen die DKP so weit wie möglich sicherzustellen.

1969	13./27. Januar	Der Generalbundesanwalt fordert <u>Jupp Angenfort</u> , ehemaliger Leiter der Freien Deutschen Jugend in Westdeutschland und KPD-Landtagsabgeordneter in NRW, trotz der inzwischen vom Bundestag beschlossenen Amnestie für politische Straftaten auf, spätestens bis zum 31.1.69 eine Reststrafe von sieben Monaten Zuchthaus in Werl anzutreten. Es geht dabei um die Verbüßung einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren, die 1955 vom Bundesgerichtshof wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" und "Staatsgefährdung" aufgrund seiner Tätigkeit in der 1951 verbotenen FDJ Westdeutschland verhängt worden war. Angenfort hatte nach seiner Festnahme am 12.3.1953 auf offener Straße in Duisburg (unter Missachtung seiner Abgeordnetenimmunität) bereits vier Jahre dieser Strafe verbüßt, dann wurde der Vollzug durch Erlass des damaligen Bundespräsidenten Heuss 1957 unter Anordnung einer vierjährigen Bewährungsfrist ausgesetzt. Nachdem er 1962 erneut verhaftet worden war, wurde dieser Erlass durch Bundespräsident Lübke aufgehoben und gleichzeitig ein neues Strafverfahren wegen Verstoß gegen das KPD-Verbot eingeleitet. Angenfort entzog sich diesem Verfahren und der Verbüßung der Reststrafe bei einer Vorführung aus der Haft im Landgericht München durch die Flucht. Obwohl durch das 1968 erlassene Amnestiegesetz angeblich ein "Schlussstrich" unter die politischen Strafverfahren in der Zeit des kalten Krieges gezogen werden sollte, befand der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes im Fall Angenfort, dass das Amnestiegesetz für ihn nicht in Anwendung gebracht werden könne, weil es sich dabei um "Vorbereitung zum Hochverrat" gehandelt habe, wofür das Amnestiegesetz nicht gelte. Die Aufforderung zum Antritt der Reststrafe an Angenfort löste starke Proteste im In- und Ausland aus. Angenfort erklärte, er werde der Aufforderung zum neuerlichen Haftantritt nachkommen, zugleich aber die Aussetzung der Strafvollstreckung beantragen und beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde einlegen.
1969	15. Januar	Auf einer Veranstaltung der DKP in Frankfurt/M. unter dem Motto "50 Jahre KPD" spricht Kurt Bachmann über die historische Tradition der kommunistischen Bewegung in Deutschland.
1969	18./19. Januar	Bundesausschuss der DKP beschließt auf seiner 5. Tagung in Frankfurt/M. die Einberufung des ersten Parteitags der DKP für den 12./23. April 1969 nach Essen. Zugleich werden die Entwürfe der Programm- und Statutenkommission für eine Grundsatzerklärung der DKP und das DKP-Statut bestätigt und der Öffentlichkeit zur Diskussion übergeben, über die der Parteitag endgültig zu entscheiden haben wird. Außerdem wurde festgelegt, dass der Parteitag einen Parteivorstand sowie einen Parteivorsitzenden und stellvertretenden Parteivorsitzenden wählen wird. Die Delegierten werden auf Kreismitgliederversammlungen bzw. Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt. Antragsberechtigt sind die lokalen DKP-Gruppen sowie die Landes- und Kreisorganisationen, Antragschluss wird auf den 1.4.69 festgelegt.
1969	20. Januar	Der "Petitionskreis für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots Rheinland-Pfalz" übergibt dem Petitionsausschuss des Bundestages eine Petition mit 553 Unterschriften, in der die Notwendigkeit der Aufhebung des KPD-Verbots betont und eine politische Amnestie für alle im Zusammenhang damit verurteilten Straftaten sowie die Einstellung der laufenden Verfahren verlangt wird.
1969	23. Januar	Bundesausschuss der DKP übergibt den Entwurf der "Grundsatzklärung der DKP" auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf der Öffentlichkeit. Bei dieser Gelegenheit auf aktuelle Vorgänge eingehend, wendet sich der DKP-Sprecher Kurt Bachmann gegen die Wahl von Schröder (CDU) bei der bevorstehenden Neuwahl des Bundespräsidenten, da er "die Personifizierung des Rechtskurses" sei. Weiter sagt Bachmann: "Hätten wir eine Vertretung in der Bundesversammlung, würde die DKP unter den gegenwärtigen Bedingungen ihre Stimmen dem Kandidaten der SPD, Gustav Heinemann, geben. Die Stimmabgabe für Dr. Heinemann würden wir mit der Aufforderung verbinden, seinen ganzen Einfluss geltend zu machen, um die weitere Rechtsentwicklung aufzuhalten, jegliche Notstandspraktiken zu verhindern und für die Auflösung der neonazistischen NPD einzutreten".
1969	27. Januar	Gründung der "Demokratischen Union" als Versuch einer linken Sammlungsbewegung unter Ausschluss der DKP in Frankfurt/Main, initiiert von einigen

		Republikanischen Clubs (Hamburg, Lörrach) und studentischen Linksgruppen sowie dem Sprecher der "Deutschen Volkspartei" von Wendorff und der als nationalistisch geltenden "Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD). Definitive Festlegungen für eine Teilnahme an den Bundestagswahlen werden von den rd. 130 Teilnehmern jedoch auf Anfang April verschoben.
1969	7. Februar	Gerichtsverhandlung gegen Max Schäfer vor dem Schöffengericht Frankfurt/M. aufgrund eines Strafantrags der Frankfurter Kripobeamten Moser und des Frankfurter Polizeipräsidenten Littmann wegen Beleidigung der Polizei. Der Vorfall geht auf die Festnahme von Max Schäfer und Herbert Mies am 8.2.1968 zurück, als sie zusammen mit Grete Thiele auf einer Pressekonferenz in Frankfurt/M., die von der Polizei auf Weisung des Bundesinnenministeriums verboten worden war, versuchten, den neuen Programmentwurf der KPD der Öffentlichkeit vorzustellen. Als Max Schäfer am Tag danach zur richterlichen Vernehmung abgeholt wurde, legte im einer der Kripobeamten Handfesseln so eng an, daß sie Schmerzen verursachten. Auf diese Behandlung reagierte M. Schäfer in Erinnerung an seine frühere zweimalige Verhaftung durch die Gestapo mit der Bemerkung "Das ist ja wie bei der Gestapo".
1969	8. Februar	Die DKP-Betriebsgruppe in der Johann-Gutenberg-Universität Mainz erklärt auf eine Anfrage, ob die DKP-Betriebsgruppen an Universitäten Konkurrenzorganisationen zum SDS seien, daßssdie DKP-Betriebsgruppen nicht den Charakter einer Studentenorganisationen haben, sondern Grundeinheiten der Partei sind, in denen auch nichtstudentische Hochschulbeschäftigte organisiert sind.
1969	10. - 20. Februar	Besuch einer vierköpfigen Gruppe von Kommunisten aus der BRD in der <u>Demokratischen Republik Vietnam</u> auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams. Die Gruppe besteht aus Willi Mohn (Leiter der Gruppe), Kurt Fritsch, Peter Gingold und Georg Polikeit (die letzten zwei als Mitglieder des Bundesausschusses bzw. des Landesausschusses Hessen der DKP). Sie hatte Unterredungen mit führenden Politikern der PdW, darunter dem Generalsekretär Le Duan, sowie ein Treffen mit dem legendären Führer der vietnamesischen Befreiungsbewegung, Ho Tschu Minh. Außerdem sprach sie mit einer Vertretung der Nationalen Befreiungsfront Südvietsnams (FLN) und besichtigte sie den durch US-Bombenangriffe beschädigten Hafen von Haiphong und Stadtteile in Hanoi, Industrieanlagen, Einrichtungen des Gesundheitswesens und Kultureinrichtungen sowie eine Armee-Einheit und andere Einrichtungen in der Provinz Hoa Binh. Die Gruppe berichtete auf einer Pressekonferenz am 13. März in Frankfurt/M. über die Ergebnisse der Reise. Sie übergab bei dieser Gelegenheit auch den Originalwortlaut der Mitteilung der Nationalen Befreiungsfront der Stadt Kontum/Südvietsnam über die Freilassung der bundesdeutschen Krankenschwester Renate Kuhnen aus Schwelm, die nach einer Tätigkeit auf dem bundesdeutschen Hospitalschiff "Helgoland" in einem privaten Lepra-Krankenhaus in Südvietsnam unter US-amerikanischer Leitung gearbeitet hatte und am 3.3.68 im Zug einer Operation der FN Südvietsnams in Kontum gefangengenommen worden war. Sie war am 5.2.69 von der FLN freigelassen worden.
1969	26. Februar	Im Büro des DKP-Bundesausschusses wird die Delegation des Roten Kreuzes aus Nordvietsnam begrüßt, die sich in der BRD aufhält. In einem Telegramm an Kanzler Kiesinger und Außenminister Brandt wird die Beendigung des schmutzigen Krieges in Vietnams und die Anerkennung der Forderungen der südvietsnamesischen FLN gefordert.
1969	27. Februar	Anlässlich der Fusion von Mannesmann und Thyssen fordert der DKP-Landesausschuss NRW die Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen einschließlich der Stahl- und Röhrenindustrie in öffentliches Eigentum gemäß GG Art. 14 u. 15. und entsprechenden Artikeln der NRW-Verfassung.
1969	1. März	<u>Erste Betriebsarbeiterkonferenz der DKP</u> in Dortmund mit über 500 Teilnehmern berät nach einem Referat von Herbert Mies zu dem Thema den Entwurf der " <u>Vorschläge der DKP zur Mitbestimmung</u> ". Es wird ein Schreiben an die am 8.3.69 tagende Betriebsrätekonferenz der SPD in Bochum verabschiedet. Mitte März werden die Mitbestimmungsvorschläge der DKP in der im Ergebnis der Diskussion überarbeiteten Fassung veröffentlicht. Die DKP unterstützt darin die Zielvorstellung-

		gen und den Gesetzentwurf des DGB zur Mitbestimmung und betont zugleich, dass sie weitergehende Mitbestimmungsforderungen vertritt.
1969	3. März	Herbert Mies legt namens des Bundesausschusses der DKP zwei Tage vor der anstehenden Bundesversammlung in Westberlin zur Wahl eines neuen Bundespräsidenten auf einer Pressekonferenz in Bonn eine Dokumentation über den CDU/CSU-Kandidaten Dr. Schröder vor, in der dessen bisherige Tätigkeit als "Mann der Reaktion" aufgelistet und auf seine NSDAP-Mitgliedschaft verwiesen wird. Der stellvertretende Regierungssprecher Ahlers lehnt es auf der Bundespressekonferenz am gleichen Nachmittag auf Anfrage eines amerikanischen Korrespondenten ab, eine Stellungnahme zur DKP-Dokumentation abzugeben.
1969	14. März	Jupp Angenfort, wird nach einem Theaterbesuch in Duisburg von Kripobeamten verhaftet, weil er sich geweigert hatte, die Anordnung des Generalbundesanwalts vom Januar zur Verbüßung seiner "Reststrafe" im Zuchthaus Werl Folge zu leisten, nachdem Bundespräsident Lübke einen Straferlass auf dem Gnadenweg des früheren Bundespräsidenten Heuß wieder aufgehoben hatte.
1969	18. März	Auf einer Pressekonferenz in Bonn stellt Kurt Bachmann die <u>erste Probenummer der UZ - unsere Zeit</u> als neue sozialistische Wochenzeitung und ihr Redaktionskollegium vor. Die UZ erscheint ab Anfang April wöchentlich mit 16 Seiten plus einer 32-seitigen illustrierten Beilage mit TV-Magazin. Herausgeber ist Kurt Bachmann. Die Zeitung wird, wie Bachmann auf der Pressekonferenz erklärte, enge Beziehungen zur DKP unterhalten, aber nicht deren Zentralorgan sein. Sie erscheint in der Dr. Wenzel-Verlags-GmbH Duisburg, Sitz der Redaktion ist Essen. Hoffnungsstrasse 18. Chefredakteur der UZ ist Gerd Deumlich, bisher freier Journalist, stellv. Chefredakteur Eberhard Weber, bisher bei der antifaschistischen Wochenzeitung "Die Tat". Zum Redaktionskollegium gehören Heinz Czymek, bisher "tatsachen", Duisburg, Hubert Kuschnik, bisher "Blinkfür", Hamburg, Jakob Goldberg, bisher "tatsachen" und Fritz Noll, bisher freier Journalist. Für die Wochenbeilage zeichnet Hubert Reichel verantwortlich. Die Leitung des Dr. Wenzel-Verlags liegt bei Harald Dötze, bisher Herausgeber von "Blinkfür".
1969	12. April	Bildung des " <u>Instituts für marxistische Studien und Forschungen</u> " (IMSF) durch einen Kreis von marxistischen Wissenschaftlern und Forschern in Frankfurt/M. Als Ziel wird die Durchführung und Förderung von sozialwissenschaftlichen Forschungsarbeiten auf der Grundlage theoretischer und methodologischer Erkenntnisse des Marxismus angegeben, wobei besonders Studien über die soziale, wirtschaftliche und geistige Lage der Arbeiter und Angestellten in der BRD, über gewerkschaftliche und sozialistische Ideen und Bewegungen sowie über allgemeine Aspekte des Marxismus berücksichtigt werden sollen. Dazu sollen Studiengruppen und Arbeitskreise sowohl am Sitz des Instituts wie auch auf regionaler Basis gebildet werden. Die Gründungsversammlung berief Prof. Dr. Josef <u>Schleifstein</u> zum Leiter und Dr. Heinz <u>Jung</u> zum stellvertretenden Leiter des Instituts.
1969	12./13. April	<u>1. Parteitag der DKP in Essen</u> - 779 Delegierte vertreten ca. 22 000 Mitglieder. Referat von Kurt Bachmann zur Notwendigkeit einer "grundlegenden demokratischen Erneuerung der Bundesrepublik" und den Aufgaben der DKP. Referat von K.H. Noetzel zum Statut der DKP. Annahme der "Grundsatzerklärung der DKP" mit Aktionsprogramm bei 3 Stimmenthaltungen, des Parteistatus einstimmig. Wahl eines 87-köpfigen Parteivorstands sowie von Kurt Bachmann zum Parteivorsitzenden und Herbert Mies zum stellvertretenden Parteivorsitzenden. Aufruf zu den Bundestagswahlen 1969 für die Unterstützung der ADF zu den Bundestagswahlen 1969, Brief an den Parteitag der SPD und weitere Beschlüsse. Zahlreiche Grußschreiben aus dem In- und Ausland, Anwesenheit von 19 Gästen von Bruderparteien aus dem europäischen Ausland als Beobachter, großes Aufgebot von in- und ausländischen Pressevertretern. Der Parteivorstand wählt am 13.4. auf seiner 1. Tagung nach dem Parteitag ein 9-köpfiges <u>Präsidium</u> , dem außer Bachmann und Mies angehören: Gerd Deumlich, Essen, Chefredakteur der UZ, Kurt Erlebach, Hamburg, Hermann Gautier, Bremen, Willi Gerns, Bremen, Manfred Kapluck, Essen, Ludwig Müller, Angermund b. Düsseldorf und Karl-Heinz Noetzel, Essen.

		Auf der ersten Arbeitssitzung des Präsidiums am 16.4.69 wird zur Organisierung seiner Arbeit die Einrichtung eines Büros des Präsidiums und von sechs Referaten für Öffentlichkeitsarbeit, Organisation, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, Jugend- und Studentenpolitik sowie Bildungsarbeit und Kulturpolitik beschlossen. Zum Sekretär des Präsidiums wird Karl Heinz Schröder, zum Pressesprecher des Parteivorstands Georg Polikeit, zum Kassierer des Parteivorstands Fritz Sbosny berufen.
1969	17. April	Das Büro des DKP-Bezirksvorstands Rheinland-Westfalen in Düsseldorf wird überfallen und verwüstet. Die Eingangstüren werden eingeschlagen, Aktenschränke in den Büroräumen umgekippt, Büromöbel zerstört, Wahlplakate und Flugblätter zerfetzt, Megaphone und Tonbänder gestohlen. Die DKP verweist auf den neonazistischen Hintergrund am Vorabend des Hitler-Geburtstags.
1969	22. Mai	Im DKP-Pressedienst wird ein Vortrag von Karl-Heinz Schröder, Sekretär des Präsidiums der DKP, zu aktuellen Auseinandersetzungen in der außerparlamentarischen Bewegung, speziell in der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, nach den erfolgreichen Ostermärschen wiedergegeben, in dem vor den Spaltungsversuchen der herrschenden Kreise in Bonn, aber auch vor linksradikalem Sektierertum gewarnt wird. Der Text wendet sich u.a. gegen Parolen, wonach Bündnispolitik "überholt" sei, die Bewegung "für tot" erklärt (u. a. von K. D. Wolff) und der Übergang zum "revolutionären Kampf" propagiert wurde. Der Vortrag wendet sich auch dagegen, die Bewegung als "Vorhof" für die Schaffung einer neuen politischen Linkspartei zu begreifen. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung habe nur als partei- und wahlpolitisch unabhängige Sammlungsbewegung verschiedener politischer und weltanschaulicher Kräfte eine Zukunft.
1969	30. Mai - 8. Oktober 1970	Urteil der 1. großen Strafkammer des Landgerichts Flensburg gibt der Beschwerde von Franz Ahrens (und dem Druckereibesitzer) wegen Beschlagnahme und Einziehung von 62 000 Druckexemplaren des Programmentwurfs der KPD unter Berufung auf § 86,3 des neugefaßten StGB und Artikel 5 GG nach, weil Schriften, deren Verbreitung der staatsbürgerlichen Aufklärung oder ähnlichen Zwecken diene, nach diesen Gesetzesartikeln selbst dann nicht einzuziehen seien, wenn sie von der verbotenen KPD stammen und verfassungswidrigen Inhalt haben. Es sei gerechtfertigt, dieses Programm einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Gleichzeitig bezeichnet das Gericht aber den Programmentwurf unter Verweis auf mehrere Passagen ausdrücklich als verfassungswidrig. Die Flensburger Staatsanwaltschaft legt gegen dieses Urteil Berufung beim Bundesgerichtshof ein. Dieser hebt das Urteil am 18.2.1970 auf und verweist den Vorgang zu erneuter Entscheidung an eine andere Strafkammer des Landgerichts Flensburg zurück. Das Revisionsverfahren vor der 2. Großen Strafkammer des Flensburger Landgerichts wird zum Anlaß von zahlreichen Protestschreiben aus dem In- und Ausland. Deutsche und ausländische Rechtsexperten und Politiker, darunter Max Reimann, werden von den Rechtsvertretern der Beschwerdeführer zur Anhörung benannt. Unter dem Eindruck der großen Öffentlichkeit wird deren Auftreten aber unterlaufen, indem die Staatsanwaltschaft am 8.10.1970 ihre Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil zurückzieht und den Prozeß damit platzen läßt. Damit wird die Verbreitung des KPD-Programmentwurfs faktisch als legal erklärt. Max Reimann veranstaltet am 9.10.1970 im Europa-Hotel in Flensburg eine Pressekonferenz, auf der er zusammen mit einigen von der Prozeßvertretung benannten Sachverständigen mit den Stellungnahmen und Gutachten zur Legalität des KPD-Entwurfs bekannt macht und den wesentlichen Inhalt dieses Entwurfs darstellt, darunter die Feststellung, daß die KPD "eine Entwicklung auf dem Boden des Grundgesetzes" erstrebt.
1969	8. Juni	Bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz kandidiert die DKP erstmals mit eigenen Kandidaten in drei Städten und erhält in Mainz 4,6 %, in Ludwigshafen/Rh. 3,4 % und Idar-Oberstein 3,1 %.
1969	25. Juni	Das DKP-Präsidium begrüßt in einer Erklärung die Ergebnisse der Moskauer Weltkonferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien ("Friedensappell" und Aufruf zur Solidarität mit Vietnam), wobei festgestellt wird, dass diese mit dem Grundanliegen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung der Bundesrepublik

		übereinstimmen.
1969	28. Juni	Auf einem Jugendforum in Hamburg stellt der DKP-Parteivorstand den Entwurf eines <u>jugendpolitischen Programms der DKP</u> zur Diskussion.
1969	29. Juni	In einer Erklärung des DKP-Vorsitzenden Kurt Bachmann wird zum Amtsantritt von <u>Bundespräsident Heinemann</u> festgestellt, dass damit viele "die Vorstellung von einem politischen Wandel" sowie "Hoffnungen und Illusionen" verknüpfen. Doch die Machtverhältnisse werden sich damit nicht ändern. Die DKP erwarte von dem neugewählten Bundespräsidenten, dass er sich nicht als Aushängeschild für die autoritäre Herrschaft, als Feigenblatt für eine angeblich neue Ostpolitik, für eine sich verschärfende Rechtsentwicklung hergibt", sondern dieser Rechtsentwicklung entgegentritt, die NPD auflöst, der Verkündung des "Notfalls" gegebenenfalls die Unterschrift verweigert, die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen unterstützt und dazu beiträgt, dass der verhängnisvolle Alleinvertretungsanspruch der BRD aufgegeben und die DDR in den bestehenden Grenzen in Europa anerkannt wird.
1969	1. Juli	Vor dem Hintergrund der an vielen Universitäten und Ingenieurhochschulen stattfindenden Studentenstreiks kündigt die DKP in ihrem Pressedienst ein " <u>Hochschulprogramm der DKP</u> " an.
1969	3. Juli	Max Reimann erläutert auf eine Pressekonferenz in Bonn als Leiter der Verhandlungsdelegation für die Aufhebung des KPD-Verbots Verlauf und Ergebnisse der Weltkonferenz der Kommunistischen Parteien im Juni in Moskau, an der er persönlich teilgenommen hatte. Er betont bei dieser Gelegenheit erneut seine Unterstützung für die DKP.
1969	18. Juli	Am Rand des 14. Deutschen Kirchentags sprechen der DKP-Vorsitzende Kurt Bachmann und Pfarrer Heinrich Werner, Präsidiumsmitglied der DFU, auf einer Veranstaltung der ADF in der Stuttgarter Liederhalle zum Thema "Kommunisten und Christen <u>gemeinsam gegen Neonazismus</u> ".
1969	24./24. Juli	Delegation der DKP unter Leitung von Kurt Bachmann in Kopenhagen zur Aufnahme von Beziehungen mit der KP Dänemarks. Gespräch mit dem dänischen Parteivorsitzenden Knud Jespersen und weiteren Mitgliedern des Politbüros.
1969	25. Juli	Kurt Bachmann wendet sich in einem persönlichen Brief an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, um für gemeinsame oder "gleichgerichtete" Aktivitäten der Mitglieder und Vorstände beider Parteien gegen Rechtsentwicklung und Neofaschismus zu plädieren: Um die "Möglichkeit einer vertraulichen offiziellen oder inoffiziellen Fühlungnahme zwischen Vertretern beider Parteien zu eröffnen, wird auf die Publizierung dieses Schrittes von K. Bachmann verzichtet. Der SPD-Parteivorstand antwortet darauf am 22.8. in einem an Bachmann gerichteten und von Bundesgeschäftsführer Wischnewski unterzeichneten Schreiben, dass es sich um einen "billigen Trick" handle und von gemeinsamen oder gleichgerichteten Aktionen von SPD und DKP keine Rede sein könne.
1969	26. Juli	Bildung eines "Zentralen Arbeitskreises für die Aufhebung des KPD-Verbots" auf einer Konferenz in Mainz-Kastell, an der Vertreter verschiedener örtlicher Petitionskreise und Juristen teilnahmen.
1969	4. August	Delegation der DKP, bestehend aus Hermann Gautier, Mitglied des Präsidiums, und Georg Polikeit, Pressesprecher, zu Gesprächen mit der Französischen KP (Raymond Guyot, Mitglied des PB und Lous Le Flock, Mitarbeiter des ZK) in Paris.
1969	14./27. August	Das Präsidium der SPD fasst einen Beschluß, wonach es "jede Art harter politischer Auseinandersetzung, die Demokraten allein oder gemeinsam mit anderen gegen die NPD führen", begrüßt und unterstützt, aber jede Gemeinsamkeit von Kommunisten und Sozialdemokraten strikt zurückgewiesen wird. Die DKP antwortet darauf am 27.8.mit einer Erklärung "Gemeinsamkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Rechtsentwicklung und Neonazismus heute notwendiger denn je", die als Faltblatt verbreitet wird.

1969	20. August	Der DKP-Pressedienst teilt mit, dass Bundesverteidigungsminister Dr. Gerhard Schröder (CDU) ein Ermittlungsverfahren gegen Herbert Mies wegen Beleidigung seiner Person veranlaßt hat. H. Mies wurde vom Amtsgericht Mannheim vorgeladen, wo ihm die Eröffnung eines von Bonn veranlassten Verfahrens mitgeteilt wurde. Der Vorwurf bezieht sich auf eine von Mies vorgelegte Dokumentation über Schröder, die vor der Bundespräsidentenwahl auf einer Pressekonferenz in Bonn im März 1969 veröffentlicht wurde und Schröder, Kandidat der CDU/CSU für das Bundespräsidentenamt, als einen Exponenten faschistischer Tradition und extremster Rechtsentwicklung, Vertrauensmann der Schwerindustrie und Wegbereiter des autoritären Obrigkeitsstaates, des kalten Krieges und der atomaren Machtpolitik sowie Gegner der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung dargestellt hatte. Auf der Pressekonferenz hatte Mies gesagt: "Wer Schröder wählt, stellt die Weichen für eine Regierungskoalition von CDU/CSU und NPD. Wer Schröder wählt, votiert für den autoritären Polizei- und Notstandsstaat. Wer Schröder wählt, stimmt für den kalten Krieg". (Bei der Bundespräsidentenwahl hatte Schröder tatsächlich die Stimmen der NPD bekommen, sich aber gegen G. Heinemann nicht durchsetzen können). Im Dezember 1969 teilte die Staatsanwaltschaft Bonn H. Mies ohne jede weitere Begründung die Einstellung des Verfahrens mit.
1969	26. August	Das DKP-Präsidium protestiert mit einem Telegramm an die Bundesregierung gegen das brutale Vorgehen der Polizei in Flensburg, Bielefeld und Recklinghausen zum Schutz von NPD-Kundgebungen gegen antifaschistische Gegendemonstranten.
1969	3./4. September	Gespräche zwischen DKP-Abordnung (Ludwig Müller, Karl Heinz Schröder, Gustav Trambowsky und Oswald Weyrich) mit der KP Belgiens (Marc Drumaux, Parteivorsitzender, und 2 weitere PB-Mitglieder) in Brüssel.
1969	7. September	Erste Bildungskonferenz der DKP in Düsseldorf mit rund 100 Teilnehmern diskutiert den ersten Entwurf eines Bildungspolitischen Programms der DKP.
1969	12./13. September	Delegation der DKP (Kurt Bachmann, Herbert Mies, Kurt Fritsch) zu Gesprächen im Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) in Warschau.
1969	7. Oktober	Auf Einladung des ZK der SED nimmt eine Delegation der DKP unter Leitung von Kurt Bachmann und Herbert Mies an den Feiern zum 20. Jahrestag der DDR in Berlin teil.
1969	11./12. Oktober	Der DKP-Parteivorstand berät auf einer Tagung die <u>Lage nach der Bundestagswahl</u> . Zur Einschätzung des Ergebnisses heißt es in der beschlossenen Erklärung: "Das Wahlergebnis vom 28. September hat keine wesentliche Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses gebracht. Es handelt sich weder um einen Machtwechsel noch um einen Linksruck. An der Herrschaft des Großkapitals über Wirtschaft, Staat und Gesellschaft hat sich nichts geändert. Aber zum ersten Mal nach zwanzig Jahren entstand die Möglichkeit, die CDU/CSU von der Regierung abzulösen. Das ist ein Erfolg der demokratischen Kräfte. Doch es genügt nicht, die Regierungsführung auszuwechseln, es muss eine neue Politik durchgesetzt werden. Wie bisher wird es auch in Zukunft darauf ankommen, dass das Volk durch eigene Aktionen für seine sozialen Interessen, für Frieden und Demokratie handelt... Die Haltung der DKP zur neuen Regierungskoalition wird von deren Taten abhängen, ob sie den Interessen des Volkes dienende Schritte tut oder nicht..." Die DKP werde positive Maßnahmen dieser Regierung unterstützen und sich nationalistischen und reaktionären Angriffen der Rechtskräfte widersetzen, aber gegen jede politische Entscheidung antreten, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zuwiderläuft. In Auswertung der Ergebnisse der ADF wird festgehalten, dass sich Bündnispolitik nicht in Wahlbündnissen erschöpfen dürfe, sondern vor allem in außerparlamentarischen Aktionen ihren Niederschlag finde. Bei Wahlen sei die Form des Eingreifens von Fall zu Fall zu entscheiden. Für die unmittelbar bevorstehenden Wahlen wird im Interesse der Stärkung der Positionen der Arbeiterklasse eine eigenständige Kandidatur der DKP befürwortet.
1969	20. Oktober	Der Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen der DKP beschließt erstmals seit der Neukonstituierung die eigenständige Kandidatur der DKP zu den Kommunalwahlen am 9.11.69 in Düsseldorf, Köln, Wuppertal, Solingen, Remscheid, Hagen, Mettmann, Velbert und Morsbach. Auch in mehreren Städten des Ruhrgebiets, darunter in

		Bottrop, wurde das Antreten mit eigenen Listen der DKP beschlossen. In anderen Kreisen kandidieren Kommunisten auf den Listen von Wählergemeinschaften.
1969	3./4. November	Delegation der Französischen Kommunistischen Partei auf Einladung der DKP zu Gesprächen in Düsseldorf ((FKP: Paul Laurent, Jacques Denis, Raymond Dumont; DKP: Herbert Mies, Gerd Deumlich, Hermann Gautier, Manfred Kapluck, Georg Polikeit).
1969	9. November	Bei den Kommunalwahlen in NRW, bei denen die DKP in 19 Städten und Gemeinden mit eigenen Listen antrat, konnte die Partei in Bottrop mit 5,3 % und in Morsbach (Oberbergischer Kreis) mit 8,8 % in die Kommunalparlamente einziehen. In Solingen und Remscheid wurden 3,6 bzw. 3,2 % erreicht.
1969	17. November	Erste offizielle zweiseitige Beratung zwischen Delegationen der SED und der DKP in Berlin (DKP: Kurt Bachmann, Herbert Mies, Hermann Gautier, Ludwig Müller, Karl Heinz Noetzel; SED: Walter Ulbricht, Erich Honecker, Albert Norden und weitere Mitglieder des ZK).
1969	24. November	Delegation der DKP zu ersten bilateralen Besprechungen mit der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) in Budapest (DKP: Kurt Bachmann, Hermann Gautier, Josef Mayer, Herbert Stiefvater, USAP: Janos Kadar, Zoltan Komoczin, Sandor Gaspar u. a. Mitgliedern der Parteiführung).
1969	Ende November	DKP-Parteivorstand übergibt der Öffentlichkeit Vorschläge für ein demokratisches Bildungswesen.
1969	12./13. Dezember	DKP-Delegation mit Kurt Bachmann, Herbert Mies und Kurt Fritsch auf Einladung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) zu Besuch in Polen - Gespräche mit führenden polnischen Politikern im ZK. Nach ihrer Rückkehr bieten die DKP-Vertretern an, Bundesaußenminister Willy Brandt über den Inhalt der Gespräche zu informieren.
1969	22./23. Dezember	Erste offizielle bilaterale Gespräche zwischen Abordnungen der DKP und der KPdSU in Moskau auf Einladung des ZK der KPdSU (KPdSU: F. A. Suslow, B. N. Ponomarjow; DKP: K. Bachmann, H. Mies, M. Kapluck, K. H. Noetzel).
1970	18. Januar	DKP beginnt mit der Einführung eines traditionellen Jahrestreffens von aktiven Parteimitgliedern unter der Bezeichnung "LLL-Treffen" zum Gedenken an Wladimir I. Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, das Auftakt für eine "Woche der DKP" sein soll. Das diesjährige Treffen findet in Bottrop statt.
1971	Anfang Februar	Der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner, fordert als Sprecher der parlamentarischen Opposition bei seinem Auftritt in der Haushaltsdebatte die SPD-FDP-Bundesregierung auf, "zu prüfen, ob die Deutsche Kommunistische Partei als Ersatzorganisation der verbotenen KPD behandelt werden müsse oder ob ein Verbotsverfahren gegen die DKP beim Bundesverfassungsgericht beantragt werden sollte".

1971	25. -28. November	<u>Düsseldorfer (zweiter) Parteitag der DKP</u> - Diskussion und Annahme der "Thesen des Düsseldorfer Parteitags", die in Übereinstimmung mit der vom Essener Parteitag beschlossenen "Grundsatzerklärung der DKP" die programmatischen Grundlagen der Partei weiterentwickeln und präzisieren. Insbesondere werden die Vorstellungen vom Weg zum Sozialismus durch die Idee einer "antimonopolistischen Demokratie" als mögliche Übergangsetappe zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der BRD ergänzt. Auf dem Parteitag nahmen erstmals Delegationen von ausländischen kommunistischen und Arbeiterparteien aus insgesamt 20 Ländern teil, die Grußbotschaften überbrachten. Kurt Bachmann als Vorsitzender und Herbert Mies als stellv. Vorsitzender werden wiedergewählt. Das vom Parteivorstand neu gewählte Präsidium besteht aus 15 Mitgliedern (außer Bachmann u. Mies: J. Angenfort, M. Buschmann, G. Deumlich, K. Erlebach, K. Fritsch, H. Gautier, W. Gerns, M. Kapluck, H. Lang, L. Müller, K.H. Noetzel, G. Polikeit, M. Schäfer - Sekretär d. Präsidiums; K.H. Schröder). Max Reimann, der in das Präsidium des Parteitags gewählt worden war, wird auf Vorschlag des Parteivorstands zum Ehrenpräsidenten der DKP gewählt. Der Parteitag beschloss die Bildung eines Sekretariats des Parteivorstands als ausführendes Organ der Beschlüsse des Parteitags, des Parteivorstands und des Präsidiums des PV. Außerdem wird in einer Entschliebung durch verstärkte Werbetätigkeit und Gewinnung von Abonnenten und Lesern für die UZ zur Schaffung der Voraussetzungen für die Herausgabe der UZ als Tageszeitung aufgefordert.
1972	15. Januar	<u>Wechsel in der Cheredaktion der UZ</u> . Auf Beschluss des DKP-Präsidiums übernimmt der bisherige UZ-Chefredakteur Gerd Deumlich im Rahmen der Präsidiumsarbeit den Bereich Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik. Zum neuen Chefredakteur beruft Kurt Bachmann als UZ-Herausgeber das Präsidiumsmitglied Georg Polikeit, bisher Pressesprecher des Parteivorstands. Neuer Pressesprecher wird Eberhard Weber, bisher Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Büro des Parteivorstands. Das Referat Öffentlichkeit im PV übernimmt Fritz Noll, bisher stellvertretender Chefredakteur der UZ. An seine Stelle tritt Günter Hänsel als stellvertretender Chefredakteur der UZ.
1973	10/11. März	Der Parteivorstand der DKP beschließt auf seiner 7. Tagung entsprechend dem Auftrag des Düsseldorfer Parteitags, die UZ ab Herbst 1973 als Tageszeitung herauszugeben. Unabhängig von der Tageszeitung soll jedoch weiterhin eine UZ-Wochenausgabe erscheinen, die vor allem für den Freiverkauf bestimmt sein soll und zugleich als UZ-Wochenendausgabe der Tageszeitung erscheint.
1973	1. Oktober	Die erste Ausgabe der <u>UZ als Tageszeitung</u> erscheint.
1973	2. - 4. November	<u>Hamburger (dritter) Parteitag der DKP</u> . Wechsel im Parteivorsitz von Kurt Bachmann zu <u>Herbert Mies</u> . Kurt Bachmann bat aus Alters- und Gesundheitsgründen um Entbindung von der Aufgabe als Parteivorsitzender, wurde aber erneut in den Parteivorstand und das Präsidium des PV gewählt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Hermann Gautier gewählt. Der neugewählte Parteivorstand wählte ein 16-köpfiges Präsidium (Mies, Gautier, Angenfort, Bachmann, Buschmann, Deumlich, Erlebach, Fritsch, Gerns, Lang, Kapluck, Müller, Polikeit, Priemer, Reimann, Schäfer) und ein 9-köpfiges Sekretariat (Mies, Gautier, Angenfort, Cieslak, Deumlich, Fritsch, Gerns, Müller, Schröder).

Dokumentation der Karl-Liebknecht-Schule der DKP.

Der gesamte Wortlaut ist auf der Veranstaltung „40 Jahre DKP“ am 27. September 2008 in Recklinghausen erhältlich.